

Bezugspreis:

Vom 13.-19. Januar 26 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 13.-19. Januar für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, Ostpreußen, Litauen, Lettland, 1,20 Goldmark, für das übrige Ausland 1,45 Goldmark. Kreuzband erhaltungen nur gegen wertbehaltenen Zahlung. Volkbezugpreis: 1,20 Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ u. „Siedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ erscheint wochentäglich viermal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreise:

Die einseitige Reklameweile 0,70 Goldmark, Reklameweile 1,20 Goldmark. „Kleinanzeigen“ das festgesetzte Wort 0,20 Goldmark, außerdem zwei festgesetzte Worte, jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellungsbeleg das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,20 Goldmark. Eine Goldmark - ein Dollar gerechnet 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Fernsprecher: Redaktion: Donhoff 292-295 Verlag: Donhoff 2506-2507

Freitag, den 18. Januar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Volkscheckkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Volksbank-Gesellschaft, Postfach 1000, Lindenstraße 3

Beschlüsse unserer Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Donnerstag nachmittag zu einer Besprechung der allgemeinen innen- und außenpolitischen Lage zusammen. Das Ergebnis der mehrstündigen Besprechung wurde in mehreren Entschliessungen festgelegt:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellt fest, daß durch die in der zweiten Steuernotverordnung getroffenen Maßnahmen das bisherige Steuerrecht nicht beseitigt worden ist. Arbeitseinkommen und Verbrauch sind über das sozial und wirtschaftlich erträgliche Maß hinaus angegriffen. Dagegen sind die bestehenden Klassen durch die Gestaltung der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer wiederum geschützt worden. Böslich ungerechtfertigt und für die Reichsfinanzen gefährlich ist die vorzeitige Beseitigung der Landabgabe und der Betriebssteuer. Durch alle diese Maßnahmen wird das Arbeitseinkommen und der Verbrauch auch künftig einen wesentlich höheren Teil der Staatslasten zu tragen haben, als der leistungsfähige und durch die jahrelange Inflationswirtschaft begünstigte Besitz.

Diese Steuerpolitik ist um so unerträglicher da dadurch die Senkung der Finanzen durchaus nicht sichergestellt ist. Da es sich nunmehr nach Erschöpfung der Massenverbrauchs- und der Arbeitseinkommenbesteuerung nur um stärkere Heranziehung der bestehenden Klassen handeln kann, scheint die Diktatur der Regierung zu verlagern. Durch die Zulassung der Auswertung der Hypotheken und Obligationen zugunsten der Privaten droht die Entschuldungsbekämpfung, die Erlassung der Entschuldungsgewinne bei den künftigen Hypotheken, den Industrieobligationen, den Papiermarktkreditgewinnen und den Holzverkaufserlösen zugunsten der Allgemeinheit zu scheitern. Damit gerät die Herstellung des Gleichgewichts im Budget, die oberste Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Stabilität der Währung in die höchste Gefahr. Zugleich würde von den Plänen der Regierung nur übrigbleiben die ungelohnte Massenbefragung durch die Einkommensteuer, die die Existenz breiter Schichten der Bevölkerung bedroht.

Angesichts dieser Absichten und der durch sie heraufbeschworenen Gefahren

verlangt die sozialdemokratische Fraktion, daß die Entscheidung über die in der dritten Steuernotverordnung enthaltenen Maßnahmen dem Reichstag überlassen

bleibt. Das Ermächtigungsgesetz berechtigt die Regierung nur zu Handlungen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet, beschränkt aber diese Befugnis bis zum 15. Februar 1924. Die in der bisher vorgelegten Form der dritten Steuernotverordnung enthaltene Regelung der Aufwertungsfrage, der Erlassung der Geldwertminderungen, die Einkommen- und der Vermögenssteuer stellen aber Maßnahmen von grundsätzlicher Bedeutung dar, deren Entscheidung die deutsche Finanz-, Wirtschafts- und Reparationspolitik auf Jahre hinaus festlegt.

Zu den einzelnen Punkten der Verordnung fordert die Fraktion:

1. Auswertung von Geldforderungen nicht zugunsten der privaten Gläubiger, sondern zugunsten der Allgemeinheit, zwecks Sicherung der Stabilität der Währung.

2. Ein Teil der ausfallenden Beträge ist zur Schaffung weitreichender Fürsorgemaßnahmen für die durch die Geldentwertung geschädigten Besitzer von Forderungen zu verwenden, soweit sie sich in bedrängter Lage befinden. Erweiterung der Sozialfürsorge, insbesondere erhebliche Erhöhung der Renten der Invaliden, der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen sowie der Erwerbslosen. Erhöhung der Gehälter der Staatsangestellten.

3. Die Erhöhung der Mieten darf nur schrittweise erfolgen. Für die Lohn- und Gehaltsempfänger ist ein gesetzlicher

Schutz des Reallohns gegen Senkung durch die Mietpreiserhöhung

einzuführen. Bildung eines Fonds für Zuschüsse an Erwerbsunfähige und bedürftige Kreise des Mittelstandes. Sicherstellung ausreichender Finanzierung des gemeinnützigen Wohnungsbaus und Aufrechterhaltung des Einflusses des Reichs in der Wohn- und Siedlungswirtschaft. Vorrang der Forderungen des Reichs vor denen des privaten Hausbesitzes. Aufrechterhaltung des Reichsmietens und des Mieterbeschutzes.

4. Erhaltung der Reichsfinanzverwaltung bei der Reuegestaltung des Finanzausgleichs. Ueberlassung eigener Einnahmequellen an die Länder und Gemeinden.

Die Reichstagsfraktion der SPD. beauftragt den Vorstand der Fraktion, erneut mit der Reichsregierung zu verhandeln, damit der missliche Ausnahmezustand, dessen Aufrechterhaltung sich sachlich in keiner Weise rechtfertigen läßt, alsbald aufgehoben

wird. Die Fraktion fordert die Reichsregierung auf, dem Reichstag ein Ausführungsgesetz zu Art. 48 der Reichsverfassung so rechtzeitig vorzulegen, daß diese Vorlage noch vor Ablauf der Legislaturperiode erledigt werden kann.

Die Fraktion beauftragt den Fraktionsvorstand, je nach dem Gang der Verhandlungen mit der Reichsregierung die Einberufung des Reichstags namens der Fraktion zu beantragen.

Schließlich wurde der Fraktionsvorstand ersucht, bei der Regierung nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß trotz der notwendigen Abbau- und Sparmaßnahmen die sozialen und kulturellen Aufgaben des Reichs in erster Linie erfüllt werden müssen, wie es in der Entschliessung des Reichstags vom 10. Oktober 1923 (Drucksache 6260) bereits zum Ausdruck kommt.

Clynes und Asquith gegen Baldwin.

London, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses begründete

Clynes

den Misstrauensantrag. Clynes hob hervor, daß das Land bei den Wahlen das von der Regierung für die Lösung des dringenden Problems der Arbeitslosigkeit vorgeeschlagene Heilmittel abgelehnt habe. In der auswärtigen Politik müsse weiser und zugleich kräftiger Gebrauch von der britischen Macht und dem britischen Einfluß gemacht werden. Clynes sagte: Die von uns während des Weltkrieges gebrachten Opfer geben uns das Recht auf einen entscheidenden Anteil an der Regelung der außenpolitischen Angelegenheiten. Als Frankreich unsere militärische Hilfe benötigte und verlangte, ist diese gegen Deutschland uneingeschränkt geleistet worden, und wenn wir jetzt einen Einfluß auf die Friedenspolitik verlangen, so ist das durch die Opfer gerechtfertigt, die wir gebracht haben, und durch unseren aufrichtigen Wunsch, eben die künftige Sicherheit Frankreichs gesichert zu wissen. Frankreich ist unser lieber und unmittelbarer mächtiger Nachbar und Freund, wir haben mit ihm und in seinem Interesse gekämpft. Der große Krieg soll aber auch zu einem großen Ziele führen. Dieses

ist eine dauerhafte Freundschaft in Europa,

und diese ist nur möglich, wenn Deutschland und Frankreich in Frieden miteinander leben. Weiter erklärte Clynes, wenn man Deutschland jetzt schlimmer behandle, als Deutschland vor fünfzig Jahren Frankreich behandelt habe, man damit den nächsten Weltkrieg vorbereite. Wir können demgegenüber nicht länger lediglich zusehen und abwarten. Die Dringlichkeit einer wirklichen europäischen Regelung, beruhend auf der Achtung der wirtschaftlichen Rechte und Notwendigkeiten Großbritanniens, muß der Leitgedanke unserer Politik sein. Hinsichtlich der Frage der Restitutionsfrage innerhalb des britischen Reiches und der diesbezüglichen Beschlüsse der letzten Reichskonferenz erklärte Clynes, daß zu entscheiden sei, inwieweit der Handel mit den überseeischen Kolonien gefördert werden könnte, ohne daß England neue Schutzölle auferlegt und ohne daß die Grundlage des bestehenden englischen Steuerregimes zerstört würde.

Darauf ergriff der von seiner Krankheit wiederhergestellte Führer der Liberalen,

Asquith,

das Wort. Er erklärte, daß er beabsichtige, für den Zusatzantrag der Arbeiterpartei zu stimmen und seinen Parteifreunden rats, das Gleiche zu tun. Dieser Antrag sei die klare, nähere Erklärung, daß die gegenwärtige Regierung kein Vertrauen besitze. Betrachte man diesen Antrag als solchen und ohne einzuweichen keine späteren

Folgen zu berücksichtigen, so erscheine es für jeden Liberalen oder Arbeiterpartei, der frisch aus dem Wahlkampf komme, unmöglich, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Es gebe die verschiedensten Theorien dafür, weshalb die Abgeordneten von den Wählern in diesem eigentümlichen Jahresverhältnis ins Parlament entsandt worden seien, aber die einzige Theorie, die jedenfalls nicht stichhaltig sei, sei die, daß die Abgeordneten gewählt worden seien, um die jetzige Regierung im Amt zu belassen. Ganz natürlicher und korrekterweise müsse, wenn die gegenwärtige Regierung zurückgetreten sein werde, diejenige Partei die Regierung übernehmen, die über das zahlenmäßige Übergewicht in der Opposition verfüge. Die jetzige Lage, in der drei verschiedene, voneinander unabhängige und organisierte Parteien bestehen, von denen keine zahlenmäßig unbedeutend sei und keine über die Mehrheit der Stimmen verfügt, ist bei uns beispiellos; aber gerade darum

hat die Arbeiterpartei ein absolutes und unzweifelhaftes Recht, zu verlangen, daß sie die Regierung übernehme.

Asquith sagt weiter: Dies würde bedeuten, daß zum erstenmal eine sozialistische Regierung auf die Höhen der Macht gelangt. Aber ich habe die Gewißheit, daß, wenn nicht die Gesamtheit, so doch die große Mehrheit der liberalen Partei jeden Gedanken an eine Koalition zwischen Liberalen und Konserwativen zur Behinderung einer Arbeiterregierung verwirft. Und ebenso wenig habe ich einen Grund zur Annahme, daß ein wesentlicher Teil der konserwativen Partei irgendeine Kombination dieser Art begünstigen möchte. Jedenfalls werde ich keinerlei Anteil an einem solchen Manöver nehmen.

Asquith hob hervor, daß, wenn die Arbeiterpartei die Nachfolger der gegenwärtigen Regierung antrete, sie durch die parlamentarischen Verhältnisse beschränkt sein werde, die die Wahlen geschaffen hätten. Die Arbeiterregierung werde weder einen Freibrief, noch eine Blankovollmacht besitzen.

Trotsky zurückgetreten?

Nach Mitteilungen, die in später Abendstunde in Berlin eintreffen, soll Trotsky von allen seinen Stellungen zurückgetreten sein. Zu seinem Nachfolger in revolutionären Kriegesrat sei vorläufig Kamenev ernannt, während zum Oberkommandierenden der Roten Armee General Budenny ausgerufen sei. Eine Bestätigung dieser Meldung, die von außerordentlicher politischer Tragweite wäre, liegt vorläufig nicht vor.

Gegen eine Volksabstimmung in Hannover. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk Hannover hat sich in einem Schreiben an den Reichsminister des Innern gegen den Plan einer Volksabstimmung in Hannover gewandt.

Aktive Gegenwehr!

Eine Rundgebung Dr. Wirths.

Der Feind steht rechts! Mit diesen Worten schloß der Reichskanzler Wirth die scharfe Abrechnung mit den Deutschnationalen an dem Tage, an dem Rathenau ermordet worden war. Auch jetzt ist es wieder die immer gefährlicher werdende reaktionäre Wendung in unserer Politik, die dem von schwerer Krankheit genesenen Manne den Anlaß zu einer programmatischen Rundgebung gibt, die von ähnlichem Geiste befeuert ist, wie jene große Rede.

In einem offenen Brief, den Wirth an seinen Fraktionskollegen Joos richtet, wendet er sich gegen die Rechtsströmung der bürgerlichen Politik und gegen gewisse reaktionäre Tendenzen in der eigenen Partei. Nur durch Festhalten an der Demokratie kann die Einheit des Reiches bewahrt, die Rettung von Rhein und Ruhr bewerkstelligt werden.

„Noch immer bemühen sich indes rein negative Kräfte, dem demokratischen Gedanken und dem Parlamentarismus, den demokratisch gerichteten Männern, Parteien und ihrer Politik die Schuld am Verfall Deutschlands zuzuschreiben. Sie haben durch eine ihnen zu Diensten stehende Presse vermerkt, Eindruck zu machen und eine positive Kraft vorzutäuschen, die sie gar nicht besitzen.“

Sie haben in den Jahren der Geldentwertung durch Anrechnung eines Teiles des Nationalvermögens eine übergroße Macht an sich gerissen, die gegen den Staat und gegen den beifolgsamen Teil des Gesamtvolkes einzusetzen sie heute im Begriff stehen. Selbstverständlich sind die negativen Kräfte durch einzelne Teile unseres Bürgertums, bäuerlicher Schichten, Mittelstandskreise, Intellektueller und Verbraucher, die selbst unter dieser ungebührlichen Konzentration des Nationalvermögens leiden, unterstützt worden. So ist es möglich geworden, daß sich heute vor unseren Augen ein Prozeß wirtschaftlicher und sozialer Zersetzung vollzieht, wie sie kaum schlimmer gedacht werden kann. Ich sehe, daß man weiter, unter Verwendung von verschiedenen Schlagworten, auf eine politische Entrechtung breiterer Schichten hinausgeht, ein Vorgang, der den Staat selbst in eine unwürdige Abhängigkeit von starken Wirtschaftsgruppen bringen und ausschweifende Quellen innerpolitischer Aufstiegs- und außenpolitischer Erhöhung verschütten müßte.

Der Augenblick ist gekommen, da wir um des Staates, seiner inneren freiheitlichen und sozialen Entwicklung willen, Einspruch erheben und zu einer aktiven Gegenwehr alle auf dem Boden der Verfassung stehenden Kräfte aufrufen müssen.“

Wirth weist auf das Scheitern der Versuche hin, mit den Deutschnationalen gemeinsame Politik machen zu wollen. Auch von einzelnen aus den Zentrumsreihen sei ein solches Zusammengehen ja beifürwortet worden. Der Versuch ist nicht an Einwendungen des Zentrums gescheitert, sondern hat sich als unmöglich erwiesen, gerade durch die grotesten, politisch völlig abwegigen, sogar verfassungswidrigen Forderungen und Zumutungen, die von rechts aufgestellt worden sind. Dabei haben wir eine Zurückhaltung gezeigt, die meines Erachtens die Grenze des politischen Tragbaren und mit dem Gefühl der Verantwortung zu Bereinbarenden naheberührte. Die Zeit einer solchen Zurückhaltung sollte und muß mit dem neuen Jahre vorüber sein. Weder sind wir gesonnen, uns politisch ausschalten zu lassen, noch können wir schweigen, wenn wir die durchaus ernst zu nehmenden Versuche anschauen, die das Zentrum aus der klaren sachlichen Stellungnahme als Mittelpartei herausdrängen wollen, um die Partei für reaktionäre und klassenegoistische Zwecke dienstbar zu machen, für die sie sich aus Gründen der Gerechtigkeit niemals hergeben hat.“

Die Befolgten und wirtschaftlich Abhängigen dürfen nicht einer fittich leeren Wirtschaftsvergötterung hingeopfert werden; wir müssen uns den jetzt sich hervormagenden Sozialreaktionen entgegenstemmen. Ohne freudige Mitarbeit der breitesten Schichten bleibe der wirtschaftliche und staatliche Wiederaufbau unmöglich.

So wendet sich Wirth mit Entschiedenheit gegen die bürgerliche Sammelpolitik, vor allem aber gegen die reaktionären Diktaturbestrebungen:

Wir stehen zur gegebenen Verfassung als zu dem für alle deutschen Staatsbürger gleichermaßen geltenden Grundgesetz. Der Geist der Weimarer Verfassung ist ein guter, und doch dieser Geist die heutigen Staatsformen durchdringt, muß unsere feste Sorge sein. Damit soll keine Entwicklung unterbunden, wohl aber eine Grenze gesetzt sein gegenüber abenteuerlichen Verfassungsstärkern, die kein eigenes vernünftiges politisches und staatsbürgerlich vertretbares Programm haben.“

Wirths Brief hat eine allgemeine und eine parteipolitische Bedeutung. Diese Rundgebung ist zunächst selbst der erste Schritt aktiver Gegenwehr eines hervortragenden bürgerlichen Politikers gegen die zunehmende Reaktion. Zwar ist die unmittelbare Ergreifung der Regierungsmacht den Deutschnationalen nicht gegliückt. Aber in allen bürgerlichen Parteien sind starke agrarische und

schwerindustrielle Einflüsse am Werke, um diese Parteien zusammen mit den Deutschnationalen zu einer reaktionären Balance gegen die Arbeiterschaft zusammenzuschließen. Gegen diese Sammelpolitik erhebt Birth seinen kräftigen Einspruch. Mit Recht erkennt er in diesem Versuch, die Demokratie auszuhöhlen, die Republik ihres sozialen Inhalts zu berauben, eine große staatspolitische Gefahr. Er will das Zentrum abhalten, auf diesem Wege weiterzuschreiten.

Dies gibt dem Brief zugleich seine parteipolitische Bedeutung. Birth fordert die Zentrumswähler offen auf, von den Kandidaten bei der kommenden Wahl entschlossen das Bekenntnis zur Verfassung und zur Demokratie zu fordern. Den Kandidaten, die in irgendeiner Form die Diktatur als das politische Heilmittel empfehlen, dürfen Zentrumsanhänger ihre Stimme nicht geben. Nachdem in der letzten Zeit der rechte Flügel des Zentrums unfeugbar erstarrt ist, nachdem auch christliche Gewerkschaftskreise unter Führung Stegerwalds der Rechtspolitik Vorschub geleistet haben, nachdem Herr Brauns, einst ein Vorkämpfer für Sozialpolitik, den Forderungen der sozialen Reaktion in weitestgehendem Maße Zugeständnis auf Zugeständnis gemacht hat, kommt endlich aus dem Munde Births der Ruf zum Widerstand.

Bei der sozialen Zusammensetzung des Zentrums wird dieser Schritt Births zweifellos nicht wirkungslos bleiben und dazu beitragen, daß die Kreise der Arbeitnehmer des Zentrums, die mit zunehmender Beforgnis die Wege ihrer Führung in letzter Zeit verfolgt haben, den reaktionären Tendenzen in ihrer eigenen Partei stärker entgegenzutreten. So ist Births Kundgebung ein erfrischender Windstoß in der Stille unserer Tage.

Antirepublikaner an der Wählerarbeit!

Während Birth den demokratischen Teil seiner Parteigenossen zu aktiver Gegenwehr aufruft, ist der industrielle Flügel der Deutschen Volkspartei schon eifrig an der Wählerarbeit, um dem „besten Mann der Partei“, ihrem Führer Stresemann, eine ganz reaktionäre Linie aufzuzwingen. Die „Rheinisch-Westf. Zeitung“ bringt frohlockend diese Meldung:

In dem schwerindustriellen Bezirk Bochum-Dortmund, wo die Zentrale Westfalen der Deutschen Volkspartei eifrig Stresemann-Propaganda betreibt und in den sogenannten Vertrauensmännerversammlungen unter dem Deckmantel einer Wahlpropaganda Versuche unternimmt, die Stresemannpolitik zu verteidigen, tritt die Schwerindustrie durch ihre prominenten Vertreter, die sonst nicht an diesen Versammlungen teilzunehmen pflegen, in offene Opposition zur Politik Stresemanns, und sie bekämpft in der schärfsten Tonart den von Stresemann seit Jahren vertretenen Gedanken der großen Koalition. Der rechte Flügel der Partei macht die große Koalition für das Fiasko des Ruhrkampfes verantwortlich. In einer Vertrauensmännerversammlung in Bochum, welcher in Kreisen der Deutschen Volkspartei große programmatische Bedeutung beigelegt wird, wurde von einem Vertrauensmann des Generalsekretärs Böglers gefordert, daß die Deutsche Volkspartei die Deutschnationalen Volkspartei als Bruderpartei anzusprechen habe, und daß jeder Kampf gegen die Deutschnationalen Volkspartei bei der kommenden Wahltagelation einzustellen sei.

Die Schwerindustriellen sind die Geldgeber der Deutschen Volkspartei; Intellektuelle, Beamte, Angestellte, Frauen und Kleinbürger sind nur ihre Wähler. Die Geldgeber, nicht die Wähler, haben bisher schon den größten Einfluß auf die Parteipolitik ausgeübt. Sie wollen noch größeren haben. Der Erfolg ihrer Arbeit schenken sie auch überall einzustellen. Die Schwerindustrie laßt die Presse auf und macht sie sich dienstbar. Vielleicht zündet der Ruf Births auch in den Reihen der volksparteilichen Wähler, daß sie sich zur Wehr setzen gegen die reaktionäre Schwerindustrie!

Die deutschnationalen Fraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu eruchen, auf den Reichspräsidenten dahin einzuwirken, daß dieser die Neuwahl baldigst anberaume und dementsprechend den Reichstag auflöse.

Deutscher Karneval 1924.

Von Karl Fischer.

In Venedig, dessen Karneval seit jeher der bedeutendste und noch berühmteste als der deutsche war, beginnt er bereits am 24. Dezember. Bei uns begnügt man sich mit dem Beginn im Januar. Aber was bietet und bringt der deutsche Karneval auch nicht alles! In diesem Jahr jedoch hat er eine Höhe erreicht, so herrlich, wie der Himmel über der Erde hängt, und eine Blüte getrieben, so stark und so stolz, daß einem schlecht und schlimm wird, wenn man daran riecht.

Da ist Waune und Luftigkeit, Laune und Temperament! Hochbierfeste mit Gesang und Musik, Bälle mit Damen, die so lustig gekleidet sind, als wären sie aus dem Paradies erpresst zum deutschen Karneval geflattert, Tanzfestlichkeiten in jedem besseren Hotel, in dem das „trodene“ Ruwert schon von fünfzig Mark aufwärts zu haben ist.

Die Hauptfische und das Herrlichste aber am deutschen Karneval 1924 ist der Masken- und Kummenschanz. Da sieht man Charakterköpfe, die sich Halbenkreuze und Hiltler-Uniformen umgehängt haben, und die Bekleidung ist so verblüffend und natürlich, daß Fremde allen Ernstes schon geglaubt haben, in Deutschland gäbe es Reaktionäre, die die Republik ruinieren und austreiben wollen.

Andere wieder haben sich, ebenso nett und natürlich, in die Masken der Armut gesteckt, laufen in Lumpen und mit hageren und hohlen Gesichtern herum und haben, um die Mission vollkommen zu gestalten, ebenförmig ärmlich und erbärmlich gekleidete Kinder an der Hand, die mit entzückender Alaoelität von Zeit zu Zeit der Mutter am Rock zupfen und mit kleinen, kläglichen Stimmen jirpen: „Ich hab' Hunger!“

Das alles aber bekommt den Schein des Wahren und Wirklichen dadurch, daß man auf Straßen und Plätzen der großen Städte fahrbare Köcher aufgestellt hat, zu denen sich das lustige Volkchen der Masken drängt und mit demütigen Worten um einen Teller Suppe bittet.

Rein, wirklich, der deutsche Karneval 1924 hat Geist, Erfindungsgabe, Originalität und Anmut, die ihm keiner nachmacht.

Auch die Kalle kann diesem Treiben nichts anhaben. Große Haufen Kohlen und Koks, um die die Umberschwärmenden sich in Scharen laufend und jubelnd tummeln, brennen lächerlich auf den Straßen, was außerdem noch den Vorteil hat, daß wir endlich die ungeheuren Brennorräte loswerden, die allenthalben lagern und langsam verfaulen.

Und überall Lachen, Bärm, Singang und Klingklang! Unter solchen Umständen kann man es schon verstehen, daß gesunde und ruhigere Menschen aus Deutschland Reichhaus nehmen, noch Sankt Moritz flüchten, um dort in aller Stille und Bescheidenheit ihre zehn Gänge zum Diner und fünf Gänge zum Souper zu genießen und mit dem nötigen Sekt zu begießen.

Klärung in Sachsen.

Das Mißtrauensvotum abgelehnt. — Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Minderheit und der Deutschnationalen. — Die Kommunisten gegen den linken Flügel.

Dresden, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der sächsische Landtag hat am Donnerstag infolge des ungläublichen Verhaltens der Kommunisten, deren politische Arbeit nur noch in Schmähungen, Verkümdungen und Bedrohungen der sozialdemokratischen Führer besteht, wieder einmal ein beschämendes und abstoßendes Bild. Auf der Tagesordnung stand die Aussprache über die Regierungserklärung und das kommunistische Mißtrauensvotum.

Nachdem der Volkspartei-Präsident die Gründe seiner Partei für den Eintritt in die Koalition dargelegt hatte, kündigte der Kommunist Böttcher die Bekämpfung der Koalitionsregierung auf Tod und Leben an. Bemerkenswert war dabei die Schärfe, mit der er sich gegen den linken Flügel der sozialdemokratischen Fraktion wandte, von dem er behauptete, er bedrohe den Verrat der rechten Sozialdemokratie und das Bündnis mit der Bourgeoisie; daher sei der linke Flügel der Sozialdemokratie der Hauptfeind, den die Arbeiterschaft draußen im Lande bekämpfen müsse. Mit dem linken Flügel verhandeln müsse die SPD. ablehnen, solange er sich nicht dazu verstehen könne, offen mit den konterrevolutionären Banden, die sich in der SPD. befinden, zu brechen. Die deutsche Sozialdemokratie habe sich der Politik der russischen Menschewik verschrieben und daher sei auch das Schicksal der deutschen Sozialdemokratie das Schicksal der russischen Menschewik.

Für die sozialdemokratische Fraktion legte Genosse Birth dar, daß es nach dem ganzen Verhalten der Kommunisten keinen anderen Ausweg als die Koalition mit den Bürgerlichen gegeben habe. Die Mehrheit der Fraktion dürfe für sich in Anspruch nehmen, daß sie das Beste für die sächsische Arbeiterschaft und das sächsische Volk gewollt habe. Die sozialdemokratische Fraktion habe den parlamentarischen Leidensteich bis auf den letzten Tropfen geleert. Eine Partei und Fraktion, die noch einen Funken Anstands- und Ehrgefühl im Leibe habe, könne auf die Dauer mit denen wie den Kommunisten nicht zusammenarbeiten, ohne die eigene Partei zu ruinieren. Der größte Teil der Arbeiterschaft, der heute noch der SPD. nachliefe, werde bald einsehen, daß sie sich auf falschem Wege befinden. Am Schluß seiner Rede betonte Genosse Birth mit Nachdruck, die Fraktion halte es für eine Selbstverständlichkeit, daß die Regierung alles daran setze, daß der Ausnahmezustand demnächst beilegt werde.

Genosse Schwarz gab für die Fraktionsminderheit die Erklärung ab, daß sie für die Programmrede des Ministerpräsidenten Heidt jede Verantwortung ablehne. Der von der Minderheit gestellte Antrag auf Auflösung des Landtages lasse eine Mißdeutung nicht zu. Da die gegenwärtige Regierung das Vertrauen der Fraktionsminderheit der SPD. nicht bebesse habe, erachte sie es nicht für nötig, dem Mißtrauensantrag zuzustimmen; aus diesem Grunde werde sie sich an der Abstimmung nicht beteiligen.

Ueberraschend war die Erklärung des Deutschnationalen, daß seine Partei an der Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag sich nicht beteiligen wolle, um der Regierung Zeit zu geben, positive Arbeit zu leisten. Während riefen ihm die Kommunisten zu: „Ihr seid schöne Bundesgenossen!“, was im ganzen Hause schallendes Gelächter hervorrief.

Nachdem noch der Demokrat Senzarth gesprochen hatte, wurde der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die Deutschnationalen und der linke Flügel der sozialdemokratischen Fraktion hatten den Saal verlassen.

Dresden, 17. Januar. (B.Z.) Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Müller-Leipzig, der zum Wirtschaftsminister ernannt worden ist, hat sein Amt heute angetreten. Der Finanzminister Dr. Reinhold hat sein Landtagsmandat niedergelegt.

Daß dieses Zurückziehen empfindsamer Gemüter in die Einsamkeit und Schönheit der Natur von übermüdeten Ausländern falsch gedeutet worden ist, dagegen ist halt der reine und von den besten Absichten gekleitete Mensch machtlos!

Lange wie selten dauert diesmal der Karneval. Ein Wochen lang Lachen und Lustigkeit!

Jahul holdrie! Wenn endlich Aschermittwoch im Kalender steht, wird es den meisten recht sein, daß sie in der nun beginnenden Fastenzeit den durch die Schlemmereien derventten Magen wieder in Reich und Ruh bringen können.

Weider ist aber zu befürchten, daß viele in dem langen Karnevalskrauel ihre Kräfte dermaßen verausgabt haben, daß der Arzt an ihrem Todeskampfe steht und den Totenschein ausstellt: An allgemeiner Entkräftung gestorben!

Schopenhauers Philosophie der Bücher.

Arthur Schopenhauer war wohl unter allen Philosophen der ausgesprochenste Bibliophile. Er besaß eine sorgfältig gewählte Bücherei und hat mehr als jeder andere Weltweise über den Segen der guten und den Schaden der schlechten Bücher nachgedacht. Wohl klagte er über die Zeitverschwendung, die das Lesen von unbedeutenden Werken mit sich brachte; andererseits hielt er das Zusammensein mit einem guten Buch für viel wertvoller als das Gespräch mit dem meisten Menschen. Eine Anzahl von Lebensregeln, die sich der große Wesenist in bezug auf Bücher einprägte, werden von G. A. E. Bogeng in seinem Werk über die „Großen Bibliophilen“ zusammengestellt. So sagt er: „Man kann Bücher von Leuten lesen, an deren Umgang man kein Gefallen finden würde. — Hohe Geisteskultur bringt es dahin, daß man nur noch an Büchern, nicht mehr an Menschen Unterhaltung findet. — Wer das Glück hat, mehr mit Büchern als mit Menschen leben zu dürfen, vergißt leicht, wie es in der wirklichen Menschenwelt hergeht, und übersteht die Klut, welche zwischen dem Volk und den Büchern ist.“ So sehr er die guten Bücher liebt, so sehr haßt er die schlechten: „Die Zahl der Bücher, welche in einer Sprache geschrieben werden, mag sich zur Zahl derjenigen, welche einen Teil ihrer bleibenden Literatur ausmachen, verhalten wie hunderttausend zu eins. — Wohl neun Zehntel aller Bücher sind schlecht und hätten sollen ungeschrieben bleiben. — Schlechte Bücher sind intellektuelles Gift. — Viele Bücher taugen bloß zu zeigen, wie viele Irrwege es gibt. — Man höre sich, immer nach den neuesten Büchern zu greifen und die gediegenen älteren ungelassen zu lassen. — Jedes wichtige Buch soll man sorgfältig zweimal lesen.“

Über dieser Reister des Bittats warnte auch vor der schlechten Anwendung des Gelesenen. „Das Lesen ist ein bloßes Surrogat des Denkens“, sagte er. „Gelesene Gedanken sind die Ueberbleibsel eines fremden Wahls.“ Man solle nicht aus zweiter Hand lesen, sondern stets zu den ursprünglichen Quellen hinabsteigen; man dürfe über dem Lesen nicht das Erleben vergessen. „Wie die zahlreichen Bibliothek“, meint er, „wenn ungeordnet, nicht so viel Nutzen schafft

Milderung des Ausnahmezustandes?

Dresden, 17. Januar. (B.Z.) Bei dem Besuch des Reichswehramtlers Dr. Gehler beim Ministerpräsidenten Heidt ist, wie bereits berichtet wurde, die Frage des Ausnahmezustandes behandelt worden. Der sächsische Ministerpräsident erklärte, daß die Stellung seiner Partei in der Koalition und damit die große Koalition in Sachsen selbst eine wesentliche Stütze erfahren würde, wenn der militärische Ausnahmezustand aufgehoben würde. Reichswehramtler Dr. Gehler gab hierauf, wie der „Dresdener Anzeiger“ mitteilt, die Versicherung, daß der militärische Ausnahmezustand derart abgeändert würde, daß von einem Eingriff der Reichswehr in die Verwaltung des Staates keine Rede mehr sein könne.

Reichsregierung und Verfassungsrevision.

Eine Antwort an Bayern.

Amtlich wird mitgeteilt:

Das Reichskabinett beriet am Donnerstag die von der bayerischen Staatsregierung vorgelegte Denkschrift zur Revision der Weimarer Reichsverfassung. Die Reichsregierung begrüßte es, daß durch die bayerische Denkschrift die Diskussion über die Aenderung der Weimarer Verfassung in ruhige, sachliche Bahnen geleitet wird, sie ist aber einmütig der Ueberzeugung, daß ohne vorherige gründliche Beratung der in der Denkschrift aufgeworfenen Fragen und Forderungen eine Beschlußfassung nicht möglich ist.

Reichskanzler Marx ist von Berlin abgereist, um sich in Mitteldeutschland mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling zu treffen. Die Begegnung entspringt einem von beiden Seiten geäußerten Wunsch, da sich die beiden Staatsmänner noch nicht kennen.

Schweyer verteidigt Kahr.

München, 17. Januar. (Cca.) In der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses des Landtages erwiderte der Minister des Innern, Dr. Schweyer, sehr scharf auf die gestrige Rede Dr. Roths, die als von Maßlosigkeiten strotzend bezeichnet wurde. Er wies darauf hin, daß Dr. Roth gestern gleichsam wie ein Prediger der Heilsarmee aufgetreten sei, während er seinerzeit als Justizminister seinen Rücktritt erklärt habe, weil er nicht in die Aufhebung des Ausnahmezustandes habe einwilligen wollen. Dr. Roth habe eine Parallele zu den Verhaftungen, Freiheitsberaubungen usw. vollständig vernissen lassen, die von den Nationalsozialisten am 8. und 9. November begangen worden seien. Dr. Roth sei es lediglich darauf angekommen, den Ausnahmezustand zu befeitigen und den Generalkommissar zu stürzen. Man könne über dessen einzelne Maßnahmen verschieden denken, darüber könne aber nach Anschauung der Regierung kein Zweifel bestehen, daß von einer allgemeinen Aufhebung des Ausnahmezustandes keine Rede sein könne.

Der Minister wendet sich dann gegen die Behauptung Dr. Roths, daß die bayerische Ausnahmeverordnung rechtswidrig sei und verwies darauf, daß die Reichsregierung die bayerische Ausnahmezustandsverordnung als mit dem Reichsausnahmezustand vereinbar erklärt hätte. Eingriffe in das Privateigentum seien auf Grund des bestehenden Ausnahmezustandes für die vollziehende Gewalt zulässig. Es habe die Vermutung bestanden, daß Ludendorff die Zentrale der nationalsozialistischen Bewegung darstelle und insulgedessen sei er überwacht worden.

Die Eingriffe in das Privateigentum Ludendorffs hätten sich nicht gegen eine Privatperson, sondern lediglich gegen die Partei gerichtet. Der Minister stellt an Dr. Roth die Gegenfrage, worauf denn die Nationalsozialisten das Recht zur Beschlagnahme von Tausenden von Millionen Mark stützen, die sie in der Nacht vom 8. zum 9. November durchgeführt hätten. Hier habe es sich um einen vollendeten Diebstahl und Raub gehandelt. Minister Dr. Schweyer kam dann auf die Frage der Schuphoft und der Ausweisungen zu sprechen und betonte, daß

als eine sehr mäßige, aber wohlgeordnete, ebenso ist die größte Menge von Kenntnissen, wenn nicht eigenes Denken sie durchgearbeitet hat, viel weniger wert, als eine weit geringere, die aber vielfältig durchdacht worden!

Naturwissenschaftliche Bücherschau. In dem Buche „Sommerwald zu den Gletschern der Nordalpen“ gibt Theodor Herzog eine lebendige Schilderung seiner vor dem Kriege unternommenen Forschungsreisen durch das in seinem Innern noch immer nicht völlig bekannte Ostalpen. Dem bei Strecker u. Schröder in Stuttgart in zweiter Auflage erschienenen Werke ist außer tabellarischer Ausstattung der Reichhaltigkeit an Tafeln (an hundert), nach Photographien hergestellten Abbildungen von Land und Leuten nachzuräumen. — Unter dem Titel „Sakamajina, Bilder aus altamooanischer Kultur und Geschichte“ (im gleichen Verlage), bietet der Stabsarzt A. Kramer eine Sammlung romanhaft ineinander versponnener reizvoller Uebersetzungen aus Sage, Kultur und Geschichte der samoanischen Rasse. — Von dem Bonner Universitätsprofessor H. Bohlig ist im selben Verlage eine vollständige Darstellung „Wie Welten und Menschheit entstanden“ erschienen. Schriften und Bücher, die dieses Thema behandeln, sind kaum noch zu zählen. Da der Verfasser aber zu jenen Fachgelehrten gehört, die verständlich zu schreiben und sich auf das Wichtigste zu beschränken verstehen und da er sich ferner auch auf eigene Forschungen zu stützen vermag, so ist ihm eine empfehlenswerte Arbeit gelungen. 85 Abbildungen erleichtern das Verständnis.

In einer Antrittsrede als Rektor der Technischen Hochschule in Karlsruhe hat G. Bredig die „Denkmäthen der Chemie“ (Voh. Ambros. Barth, Leipzig) behandelt, deren Gegenüber erfahrungsgemäß eine schwierige Aufgabe. Indem der Verfasser Bilder aus dem gewöhnlichen Leben zur Erleichterung des Verständnisses vergleichend heranzieht, gelingt es ihm, der „Elemente Vieden und Hoffen“ bis zu einem erheblichen Grade zu veranschaulichen. — In der Sammlung „Biochemische Tagesfragen“ (Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft m. b. H., Stuttgart) behandelt Prof. W. Küster unter dem Titel „Der Mensch und die Hefe“ die physiologischen Beziehungen im Bau dieser an beiden Enden der Entwicklungsleiter stehenden Organismen. In gegenwärtiger Zeit erscheint uns die Wiedergabe folgender Sätze (S. 13) wichtig: „In bezug auf den Nährwert übertrifft dafür die Hefe den Fleischextrakt bedeutend, ja auch das Brot wird übertrieben, und ein 20prozentiger Zusatz von getrockneter Hefe zum Teig sehr weber die Backfähigkeit noch den Ausnährungsgrad herab . . . das Brot wird lockerer und besser ausgenut; allerdings erfordert die Herstellung des Teiges größere Aufmerksamkeit, da ja eine ganz bestimmte Temperatur eingehalten werden muß, nicht zu tief, damit die Hefe wirken kann, nicht zu hoch, damit ihre Gärkraft nicht vernichtet wird.“

„Der deutsche Wald“ lautet der Titel eines Lehrfilms für Fortbildungswissenschaftler, der von der Bundesfilm-U. G. herausgebracht wurde und in der von Lernbegierigen überfüllten Urania zum ersten Male lief. Dieser Film, der Anregungen zu einer intensiveren Forstwirtschaft geben will, zeigt den Werdegang des deutschen Waldes und die Arbeit des Forstmannes vom Säen bis zum Fällen des Holzes. Vor dem Kriege bezog Deutschland drei Viertel seines Kiechholzes aus dem Ausland. Wenn es aber wieder Häuser bauen und

Dr. Roth den Charakter der Schuchhaft, die lediglich eine vorübergehende Maßnahme darstelle, vollständig verkannt und in einen unzulässigen Zusammenhang mit dem Strafverfahren gebracht habe. Bei einem früheren Justizminister sei das sehr merkwürdig.

Die Schuchhaftgefangenen

würden ausschließlich nach der bestehenden Hausordnung behandelt, an deren Zustandekommen Dr. Roth als Justizminister seinerzeit mitgewirkt habe. Die Frage der Haftfähigkeit müsse den Richter zur Beurteilung überlassen bleiben. Es sei eine fähige Behauptung, daß die Schuchhaft den Tod des Dietrich Edart verursacht habe; dieser sei schon lange leidend gewesen. Im übrigen werde die Schuchhaft dort verhängt, wo sie im Interesse der staatlichen Sicherheit für notwendig erachtet werde. Bei den Ausweisungen drehe es sich, soweit Ausländer in Frage kommen, um die Wiederentziehung der vorübergehend erteilten Genehmigung zum Aufenthalt. Bei den Ausgewiesenen handele es sich um Leute, die in aufreizender oder hegerischer Weise sich in die politischen Angelegenheiten des Landes eingemischt hätten. Im ganzen seien 7 Personen völkischer Richtung ausgewiesen worden. Die Ausweisung des preussischen Majors Braune erfolge dadurch begründet, daß Braune nach eigenen Angaben zu dem ausgeprochenen Zweck nach München gekommen sei, hier an dem angeordneten Verlesungsstempel teilzunehmen. Die dem Studenten Kleofas Pieper vorübergehend erteilte Aufenthaltserlaubnis sei deshalb wieder entzogen worden, weil Pieper eine einseitige parteipolitische Tätigkeit entfaltet habe. Es lägen bestimmte Anhaltspunkte dafür vor, daß er überhaupt nicht zu Studienzwecken, sondern lediglich zu politischer Betätigung nach München gekommen sei. Auch in Prag, wo er vorher immatrikuliert war, habe er sich als Unruhstifter betätigt und sich als Urheber einer Rebellion gegen den Senat der deutschen Hochschule unzulässig gemacht.

In der Debatte trat der Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei mit besonderer Schärfe dem Abg. Roth entgegen. Gerade die Leute um Roth seien es, die aus der bayerischen Ordnungszelle der Jahre 1920/1921 eine Unordnungszelle gemacht hätten, in der Kinder zu bewaffneten Verbrechern gemacht würden und wo kein anständiger Mensch mehr seines Lebens fähig sei. Der Demokrat Dr. Müller behauptete, daß die Regierung Anklagen ein gerüttelt Maß von Schuld habe an dem durch die völkische Bewegung veranfaßten Karrenstreik vom 8. November, durch den Rahr zu einer ganz unmöglichen Figur geworden sei. Der sozialdemokratische Redner Genosse Saenger nannte die unterschiedliche Anwendung des Ehrenwortes, durch die Rahr die Arbeiter als Menschen zweiter Klasse behandelt, einen Skandal für einen modernen Staat. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

Deutschvölkische Rowdies vor Gericht.

München, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Zusammenstoß, der während des Deutschen Turnfestes am 14. Juli v. J. am Mittag im Anschluß an eine Versammlung der Nationalsozialisten zwischen deutsch-böhmischen Turnern, Mitgliedern der nationalsozialistischen Sturmabteilung und Schutzleuten erfolgte, gelangte nun vor dem Volksgericht München zur gerichtlichen Verhandlung. Die Ermittlungen des Staatsanwalts hatten gegen 13 Personen zur Erhebung der Anklage geführt. Diese lautete im allgemeinen auf Widerstand. Der Staatsanwalt bezichtigte den Vorfall als einen Verstoß gegen die öffentliche Ordnung und staatliche Gewalt. Er beantragte Gefängnisstrafen von zwei Wochen bis zu drei Monaten und außerdem Geldstrafen. Das Urteil lautete aber nur auf Geldstrafen von 5 Mark bis zu 55 Mark.

Nach einer Meldung der „Bayerischen Staatszeitung“ wurde der Redakteur des „Völkischen Beobachters“ und Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“ Stolzing-Czernak unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftet. — Dagegen ist der Organisator des Hitler-Kreitortors, Fürst Brede, aus der Schuchhaft entlassen worden.

Die ägyptischen Wahlen sind zugunsten der Autonomiebewegung (Jaglut-Partei) ausgefallen, was die britischen Imperialisten sehr verstimmt. Der Sieg der Jaglut-Partei bedeutet auch die Abwälzung der politischen Macht der Großgrundbesitzer.

Möbel in diese Häuser stellen will, dann muß es zur Steigerung seiner eigenen Holzverwertung schreiten. Die Landwirtschaft, die ältere Schwester der Forstwirtschaft, hat ihre Arbeit intensiver gestaltet; das gleiche muß die Forstwirtschaft lernen. Wir müssen Wertholz ziehen, daher gebrauchen wir einen Dauerwald. Und ein Dauerwald bedarf einer dauernden Pflege des Bodens und des Bestandes!

Prof. Forstmeister Bieleke, der Rektor der forstlichen Hochschule zu Eberswalde, berichtet (nicht ohne eine Propagandarede gegen den Achtstundentag der Arbeiter einzuflechten) von den forstwirtschaftlichen Methoden des Staatsforstmeisters Eberswalde. Ferner wurde viel Lobenswertes von den Forsten einiger brandenburgischer Privatbesitzer erzählt und bildlich veranschaulicht. Geht doch auch der Brandenburgische Waldbesitzerverband, dessen Vorsitzender die Begrüßungsworte sprach, von dem Standpunkt aus, daß der Privatwaldbesitzer die größere Beweglichkeit hat, alle neuesten Forschungen der deutschen Industrie sofort in der Waldbirtschaft nutzbar machen kann und gegenüber den Staats- und Kommunalforsten im Vorteil ist, weil letztere nicht so schnell und intensiv neuezeitliche Versuche vornehmen können.

Darüber erlauben sich ja nun doch wohl viele anderer Meinung zu sein. Der richtige Mann am richtigen Platz wird auch in der Staats- und Kommunalforst etwas leisten. — Der Film muß unbedingt eine andere Zusammenfassung erfahren, wenn man ihn als Publikumsfilm laufen läßt.

Händel-Aufführung in der Großen Volkoper. Mit der fast 200 Jahre alten Oper „Julius Caesar“, die 1724 zum ersten Male in London aufgeführt wurde, hat die „Große Volkoper“ einen großen Erfolg erlangt. In ihrem Bestreben, Berlin mit den Städten und Hannover neu heranzubringen, hier aber noch fast unbekannt Opernschöpfungen anzubringen, geht sie einen Schritt weiter mit der Einstudierung der 1726 geschriebenen „Adelinde“, die am 25. Januar mit Melanie Kurl, Gummur Wenzel, Wilhelm Gultmann, Heinrich Bieler in den Hauptrollen, und unter musikalischer Leitung von Stefan Straßer zum ersten Male gegeben wird.

Eine Ausstellung der Preussischen Staatsbibliothek in der jüngsten Wiederkehr des Todesjahres Goethes von Hallerleben. Sie besteht seit dem Jahre 1850 den wertvollsten Teil der Goethemännlichen Bibliothek und seit dem Jahre 1903 seinen gesamten literarischen Nachlaß. Die Ausstellung im Sonntag von 12-4 Uhr und die einschließlich Donnerstags täglich von 9-3 Uhr frei geöffnet.

Das Kunstblatt. Der Verlag Gullak Eidenbenner, Worsdam, bittet um, mitzutheilen, daß er infolge eines ihm dafür zur Verfügung gestellten Fonds in der Lage wäre, seine von Carl Wecklein herausgegebenen Monatsblätter, das „Kunstblatt“, minderbemittelten Künstlern, Studierenden, auch Einzelnen und Museen zu einem ermäßigten Abonnementpreis zu überlassen. Die bezüglichen Zuschriften werden direkt an den Verlag erbeten.

Die deutsche Schachweltmeisterschaft löst ihre diesjährige Hauptversammlung am 23. April, dem Geburtstag des Dichters, im O. O. von Arminius in Weimar ab. Den Auftakt bilden die Wenzel-Schach, zu der die Gesellschaft offiziell Stellung nehmen wird, hat Professor Emil Wolf, Gammeln, übernommen. Als Hauptveranstaltung ist Kochschach in der Bearbeitung von Carl Koch in Aussicht genommen.

Kuhstahl-Bevölkerung. Nach amtlichen Angaben ist im Jahre 1923 die Kuhstahl-Bevölkerung der Bundesrepublik um 20 Prozent gestiegen, was bei 20 Prozent betrug. Im Vorkriegs- und Kriegsjahren war die Zahl der Einwohner Petersburgs betrug am 1. Januar 1924 1 133 000.

Deutschnationale Eismischererei.

Genosse D. Weis schreibt uns:

Die deutschnationale Anfrage an das preussische Staatsministerium bezüglich des vom Genossen Stauning und von mir unterzeichneten Abkommens enthält, wenn auch feig-heuchlerisch verpackt, die lächerliche Unterstellung, daß „als Lohn“ für dieses Abkommen die deutsche sozialdemokratische Presse von der bänkischen Partei finanziell unterstützt werden „soll“.

An sich ist schon diese Formulierung bezeichnend für die deutschnationale Kampfmethode. Indessen macht die „Kreuzzeitung“ aus diesem wohlweislich vorfertigen „soll“ schon eine feinstehende Tatsache, indem sie in ihrer Leberchrist von einem „sozialdemokratischen Berrat von Dänemark“ spricht.

Ich überlasse es der Öffentlichkeit, darüber zu urteilen, welche von den beiden Lumpereien die größere ist: die der Verfasser der Anfrage oder die der „Kreuzzeitung“. Bekannte bleibt jedenfalls ihren Traditionen und Eigenschaften treu, die ihr bereits von Bismarck attestiert wurden. Die gebührende Antwort an die deutschnationalen Fragesteller zu erteilen, kann ich getrost dem preussischen Staatsministerium überlassen.

Mal wieder was neues.

Fremdliches Ereignis bei den Deutschvölkischen.

Die Deutschvölkischen, die behaupten, die Vertreter des ganzen deutschen Volkes und der geschworenen Feinde des Parlamentarismus zu sein, lieben nichts mehr, als das Operettenspiel eines provinziellen Parlamentarismus. Intrige, Parteilichkeit, Parteispaltungen und Klügelwirtschaft sind bei ihnen zu Hause. Unter ihnen hat sich nun ein neues Gruppchen zu einer neuen „Partei“bildung zusammengesetzt. Sie segelt unter dem Titel „Deutsche Partei“ und läßt toben in Nr. 1 ihres Nachrichtenblattes einen Aufruf an das deutsche Volk erscheinen, in dem das Volk sehr geistreich in Rasser und Schaffer eingeteilt wird. Zu der ersten Gruppe gehören natürlich — wer wollte das bezweifeln — Vereinigte Sozialistische Partei, Demokratische Partei, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Kommunisten und — die Deutschnationalen, während die „Deutsche Partei“ die Repräsentantin der zweiten Gruppe ist. Laßt dem Kinde die Bouffette, pflegt der Berliner zu sagen.

Schaumburg-Lippe und Preußen.

Kort mit dem Partikularismus!

Die bürgerliche Presse hat in den letzten Tagen die Nachricht gebracht, daß der Freistaat Schaumburg-Lippe sich genötigt sehe, wegen seines Anschlusses an Preußen mit diesem Staate in Verbindung zu treten, und daß hierfür im wesentlichen finanzielle Rücksichten maßgebend seien. Der amtliche Preussische Pressendienst stellt hierzu fest, daß die Finanzen des Freistaates Schaumburg-Lippe durchaus gesund sind. Aus ihrer Verfassung kam kein Zwang zum Anschluß an ein größeres Staatswesen hergeleitet werden. Wenn Volksvertretung und Regierung sich in Schaumburg-Lippe entschlossen haben, den Anschlußgedanken jetzt aufzunehmen, so sind andere und größere Gesichtspunkte dafür maßgebend. Inzwischen hat eine Fühlungnahme mit der preussischen Staatsregierung gegenwärtig eines Besuchs, den der preussische Innenminister Severing in diesen Tagen in Bückeburg abgestattet hat, stattgefunden. Beide Regierungen haben den Wunsch, hieron weitere Besprechungen zu knüpfen.

Der Kampf um die Arbeitszeit.

Verhärfung in Rheinland-Westfalen.

Aöln, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im linksrheinischen Kohlengebiet ist die Erregung der Bergarbeiterschaft in den letzten Tagen so groß geworden, daß nunmehr trotz den Mahnungen der Gewerkschaften, keine Teilsaktionen und wilde Streiks einzuleiten, mit größeren Ausständen und großen Streiks in den nächsten Tagen gerechnet werden muß. Die Grube „Bereinigter Wille“ steht bereits geschlossen im Streik; auch das Sorden-Bergwerk in Knopke wurde von der Arbeiterschaft unter dem Druck kommunistischer Schreier stillgelegt. Da das Bergwerk der größte und wichtigste Erzeuger von elektrischem Strom für das Rheinland und große Teile Westfalens ist, wird durch einen andauernden Streik die Stromversorgung dieser Gebiete ernsthaft in Frage gestellt. Die deutschen und britischen Behörden sind bereit, zu vermitteln, doch ist wenig Aussicht vorhanden, daß die Streiks, die an Ausdehnung gewinnen, in den nächsten Tagen beigelegt werden können.

Der Vorstand des ADGB teilt uns mit:

„Zu dem Abwehrkampf der Metallarbeiter in Rheinland-Westfalen gegen die Verlängerung der Arbeitszeit hat der Bundesausschuß des ADGB in seiner Sitzung am 16. Januar eingehend Stellung genommen. Die Beratungen wurden am 17. Januar in Kreise der an diesem Kampf neben dem Metallarbeiterverband hauptsächlich beteiligten Verbändevertreter fortgesetzt. Die Vorstandsvorteiler des Metallarbeiterverbandes berichteten über den Stand der Bewegung, deren Leitung in den Händen des Verbandes liegt. Die Vertreter der anderen Zentralverbände erkannten rückhaltlos die Notwendigkeit dieses Abwehrkampfes an und billigten das Vorgehen des Deutschen Metallarbeiterverbandes.“

Weiter wird berichtet: Die Lohnverhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe und den drei Metallarbeiterverbänden am Mittwoch in Essen sind gescheitert. Die Arbeiter wollen eine größere Spanne zwischen dem Lohn der Hilfsarbeiter und dem der Facharbeiter schaffen. Die Metallarbeiterverbände haben den Reichs- und Staatskommissar um einen Schiedsspruch angerufen.

In Bentrath hat sich die Streiklage verschärft. Den Aufforderungen der Arbeitgeber, die Arbeit wieder aufzunehmen, wird keine Folge geleistet.

Aus Rheindt wird von Unruhen am Dienstag im Anschluß an eine Kundgebung der Arbeiter berichtet, die jedoch von der Polizei alsbald beigelegt wurden.

Verwerfung der Revision im Schupoprozess.

Mainz, 17. Januar. (Il.) Vor dem Kriegsgericht der französischen Rheinarmee kam heute nachmittags die Revisionsverhandlung gegen die Offiziere und Beamten der Düsseldorf-Schuppitzel zur Verhandlung. Die Verteidiger wandten sich hauptsächlich gegen die Zuständigkeit des Gerichtes, da die Vorfälle in Düsseldorf, d. h. in nicht-indischem Gebiet „vorgekommen“ seien. Ferner hätten sich die Vorfälle zwischen Deutschen und Separatisten abgespielt; es habe sich also nicht um einen Angriff auf die französische Armee oder deren Mitglieder gehandelt, sondern um Zwischenfälle unter Deutschen. Die Angelegenheit gehöre also nur vor die deutschen Gerichte. Im übrigen richtete sich die Revision gegen die Fragestellung. Die Verteidiger beantragten die Aufhebung des Düsseldorf-Urteils. Nach kurzer Beratung kam das Gericht zu dem Urteil, daß die Revision zu verwerfen sei.

Poincarés Ermächtigungsgesetz.

Zur Durchführung des Beamtenabbaus unter Rücktrittsdrohung verlangt.

Paris, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das am Dienstag von der Regierung angeforderte Sanierungsprogramm ist am Donnerstag in der Kammer eingebracht worden. Es hat im Verlauf der zahlreichen Konferenzen, die die Regierung unter Zustimmung der Sachverständigen in den letzten 48 Stunden abgehalten hat, einen weiteren Ausbau erfahren. Außer der zwanzigprozentigen Erhöhung sämtlicher Steuern und der stärkeren Erfassung der Vermögens- und Börsensteuer verlangt die Regierung unbeschränkte Vollmacht, um die zur Erzielung von Ersparnissen in Höhe von mindestens einer Milliarde erforderlichen Reorganisation der Verwaltung auf dem Verordnungsweg, d. h. ohne Mitwirkung des Parlaments, durchzuführen zu können. Die Regierung wird bei diesen Gesetzen die Vertrauensfrage stellen.

Aus den Gesetzentwürfen sind folgende Einzelheiten bemerkenswert: Zur Einschränkung der Spekulation gegen den Franken soll eine scharfe Kontrolle des Devisenmarktes eingeführt und für alle Devisenankäufe von Handel und Industrie soll künftig eine Ermächtigung der Handelskammer verlangt werden. Die Banken bedürfen zum Devisenhandel in Zukunft einer Genehmigung des Finanzministeriums, die bei Mißbrauch jederzeit zurückgenommen werden kann. Sie sind außerdem verpflichtet, eine Liste ihrer Devisengeschäfte zu führen. Der Gesetzentwurf zur Unterdrückung der Steuerdefraudation sieht u. a. eine Reorganisation der Erhebung der auf den äußeren Kennzeichen des Aufwandes aufgebauten Personalsteuer sowie Einführung besonderer Maßnahmen zur Kontrolle der Kupons- und Effektensteuer vor. Der Eingang der Steuern soll beschleunigt werden durch Gewährung besonderer Vergütungen für Vorauszahlungen und starke Zuschläge für Nachzahlungen. Endlich soll eine Neuveranlagung der landwirtschaftlichen Steuerzahler durch Aufstellung eines neuen Grundkatasters eingeleitet werden. Tatsächlich hat die französische Landwirtschaft bisher so gut wie keine Personalsteuern gezahlt, obwohl sie sich während des Krieges von allen Grundlasten befreit konnte und sich heute in einer Prosperität befindet wie niemals zuvor.

Begründung durch Poincaré.

Paris, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer bot heute schon äußerlich das Bild eines großen Tages. Die Tribünen waren überfüllt, und in den Ganggängen herrschte eine ausgesprochen nervöse Stimmung. Bald nach Eröffnung der Sitzung brachte Finanzminister de Basterre die angeforderten Sanierungs-Gesetzentwürfe ein. Zur Begründung erklärte Poincaré, daß die Regierung von der Kommission diesmal rascheste Arbeit verlange, damit die erste Lesung bereits am Dienstag beginnen könne. Er kündigte an, daß die Regierung die Vertrauensfrage stellen werde. Frankreich habe während des Krieges noch schlimmere Zeiten durchgemacht als jetzt, und habe sie glücklich überstanden. Der beste Beweis für die gelunden Verhältnisse Frankreichs sei, daß die Ankündigung der von der Regierung in Aussicht genommenen Maßnahmen genügt habe, um den Franken wieder steigen zu lassen. Poincaré erging sich dann in längeren Ausführungen über die Gründe des Verfalls der Währung. Wie nicht anders zu erwarten, versuchte er

die Hauptschuld auf Deutschland

zu schieben, das durch Nichterfüllung seiner Reparationspflichten Frankreich in die Zwangslage versetzt habe, größere Anleihen für Wiederaufbau und Bezahlung der Kriegspensionen aufzulegen. Die wirtschaftliche Lage Frankreichs sei gut und vertrauenswürdig. Unter keinen Umständen werde die Regierung zur Inflation ihre Zuflucht nehmen. Der Ministerpräsident schloß mit einem Appell, alle kleinlichen und egoistischen Rücksichten zurückzustellen und dem Lande durch Annahme der Vorlage ein Beispiel des Patriotismus und der Opferbereitschaft zu geben.

Die Kammer trat sodann in die am Dienstag ausgefehlt Debatte über die Festlegung des Datums der Besprechung der verschiedenen Interpellationen über die Währungsfrage und die Finanzlage ein. Dabei erhob sich Poincaré sofort von neuem, um unter Stellung der Vertrauensfrage die Vertagung der Interpellationsdebatte bzw. ihre Beendigung mit der Diskussion des finanziellen Programms zu beantragen. Nach längerer Debatte wurde demgemäß beschlossen, und zwar mit 394 gegen 180 Stimmen.

Der II. zufolge war das Abstimmungsergebnis etwas weniger günstig für Poincaré, nämlich 360 gegen 215 Stimmen.

Die Separatistenfrage.

Die französische Gegenaktion in Aöln.

Aöln, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Kommission, die seit einigen Tagen in Köln im besetzten Gebiet weilt, hat ihre Tätigkeit damit begonnen, daß sie beim Kölner Regierungspräsidenten in Begleitung eines Vertreters der britischen Behörde vorsprach, um sich Aufklärung über einige Vorgänge der letzten Zeit in Sonderbändlerfragen zu verschaffen. Insbesondere kamen Vorgänge in Düren zur Sprache, an denen angeblich gewisse Personenteile beteiligt sein sollen. Die Verhandlungen, die schriftlich festgelegt worden sind, und zu denen außer dem Regierungspräsidenten selbst noch einige Facharbeiter hinzugezogen wurden, fanden erst nach längerem Verhandeln ihren Abschluß. Sie hatten den Charakter einer Orientierung für den französischen Vertreter.

Der amtliche englische Pfalzbericht.

London, 17. Januar. (Il.) Amtlich wird gemeldet: Es ist in London nicht bekannt, ob die Frage der von der Mehrheit der Rheinlandkommission am 2. Januar anerkannten Bestimmungen der sogenannten autonomen Pfalzregierung auf der Tagesordnung der heute stattfindenden Sitzung der Kommission steht. Deffenungeachtet aber ist und bleibt es die Auffassung der englischen Regierung, daß die Rheinlandkommission lediglich zur Berichterstattung an die entsprechenden Regierungen ermächtigt ist, und daß jede darüber hinausgehende Maßnahme aus den schon wiederholt aufgeführten Gründen über ihre Zuständigkeit hinausgeht. Die von unabhängigen englischen Berichterstattern aus der Pfalz eingehenden Informationen bestätigen immer noch, daß die sich die „autonome Regierung der Pfalz“ nennenden Individuen nicht nur ohne gesetzliche Grundlage regieren, sondern auch die völlige Verachtung der Mehrheit der Bevölkerung genießen. Inzwischen hat der englische Generalkonsul Clive seine Untersuchungen fortgesetzt und Vertreter aller Klassen der pfälzischen Bevölkerung empfangen.

Reichsfinanzminister Dr. Luther hat aus Anlaß des Reichsgründungstages eine Radiosprache gehalten, die sich vor allem an die kapitalträchtigen Steuerzahler wandte. Die Wirksamkeit sei härter denn je. Schwere Opfer müßten gebracht werden. Es sei ein Jaubergglaube, wenn Leute, die innerlich ihre Hypotheken in langjährig abgelassenen hatten, mit einem Male wähen alle die Hypotheken, von denen mit samt den übrigen Ersparnissen das deutsche Volk in den letzten Jahren durch das Mittel der Inflation gelebt hatte, könnten jetzt durch Beschränkungen auf ihren alten Goldwert oder einen erheblichen Teil davon wieder rückwärts aufgebaut werden.

Kommunistendemonstrationen in Gotha. Am Mittwoch abend haben in Gotha kommunistische Demonstrationen stattgefunden. Die Demonstranten wurden von der Landespolizei zerstreut. 11 Rädeksführer wurden verhaftet und ins Gefängnis gebracht.

Die Aufgaben der Gewerkschaften.

Bundesausschussführung des ADGB.

Der Bundesausschuss war zu einer zweitägigen Sitzung berufen, um Stellung zu dem Ansturm der Unternehmer auf den Achtstundentag, zur Lohnpolitik, zu den gegenwärtigen Aufgaben der Gewerkschaften und gegen die kommunistische Zerstörungsarbeit zu nehmen.

Der Geschäftsbericht des Bundesvorstandes führte zu einer Aussprache über die neue Gewerkschaftszeitung, deren baldige Vergrößerung dringend gewünscht wurde, und über einen Antrag Tarnow auf Schaffung einer wissenschaftlichen Monatszeitschrift. Der Antrag wurde dem Bundesvorstand überwiesen. Der Ortsausschuss Remscheid, der sich infolge seiner kommunistischen Zerstörungsarbeit außerhalb des ADGB, gestellt und dem Bundesvorstand die Anerkennung als Vertretung der Remscheider Gewerkschaften verweigerte, hatte gegen diesen Entsch. Beschwerde beim Bundesausschuss eingelegt. Der Bundesausschuss billigte indes die Maßnahme des Bundesvorstandes und ermächtigte ihn, die Gewerkschaften Remscheids zur Anerkennung dieses Beschlusses zu bringen. Die Verbandsoorstände sollen in gleicher Richtung auf ihre dortigen Gewerkschaften einwirken.

Das Referat zum Kampf um den Achtstundentag hielt Seipart, der an Hand der Entstehung und des Wortlautes der Arbeitszeitverordnung nachwies, daß der gesetzliche Achtstundentag keineswegs beschränkt, sondern vielmehr von neuem festgelegt, wenn auch durch Ausnahmen eingeschränkt sei, die aber an Voraussetzungen und Bedingungen gebunden und begrenzt seien. Es sei notwendig, den Kampf um die Ausföhrhaltung des Achtstundentags durch Ausnutzung der Verrechnung zu führen und nicht durch pessimistische Auffassung der Rechtslage sich des Einflusses durch die Rechtsanwendung zu begeben. Der Bundesvorstand habe daher sofort einen Kommentar zur Arbeitszeitverordnung herausgegeben (von Seipart verfaßt), der die Arbeiterkraft auf ihre Rechte hinweist und den Gewerkschaftsvertretern die Möglichkeit gibt, diese Rechte energig geltend zu machen. In der Debatte wurde besonders eingehend der geltende Kampf im Ruhrbezirk erörtert, den die Kommunisten zu einem Generalstreik aufzupumpfen suchen, ohne Rücksicht auf gewerkschaftliche Erfahrungen und Erfolgsaussichten. Die vom Bundesausschuss zu diesem Punkt angenommene Resolution ist bereits in Nr. 27 des „Vorwärts“ wiedergegeben.

Am zweiten Tage erstattete Tarnow den Bericht des Lohnpolitischen Ausschusses, insbesondere über Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite über die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen. Es ergab sich dabei Uebereinstimmung über die Allgemeinverbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen gegen Außenleiter, während über Zwangsschiedsprüche bei den Arbeitgebern jeweils Abneigung besteht. Die Gewerkschaftsvertreter glauben auf die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen solange nicht verzichten zu können, als nicht die Arbeitsbedingungen allgemein kollektiv geregelt werden und tarifliche Schlichtungseinrichtungen vorhanden sind. Die Verbindlichkeitsklärung sollte aber nicht lediglich durch Beamte erfolgen sondern durch paritätische Organe mit komplizierter Mehrheit der Beisitzer. Die Arbeitgeberseite ist bereit, die Verpflichtung zu Tarifverträgen und tariflichen Schlichtungsorganen anzuerkennen. Der Bundesvorstand wurde ermächtigt, in diesem Sinne weiter zu verhandeln und vor Abschluß der Vereinbarungen an den Bundesausschuss zu berichten. — Zu den

Aufgaben der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Lage wurde ohne Debatte folgende Entsch. einstimmig angenommen:

„Die zurückliegenden Monate brachten die gewerkschaftlichen Organisationen in schwere Bedrängnis. Außenpolitische Einwirkungen, eine verfehlte Wirtschaftsführung im Innern im Verein mit einer heillosen Geldverschlechterung ließen die Zahlen der Ruinarbeiter und gänzlich Erwerbslosen über alles Maß anschwellen, verbreiteten Not und Elend selbst in den Reihen der noch Beschäftigten und verminderten die finanziellen Mittel der Gewerkschaften in einem sie fast lähmenden Umfang.

Das Unternehmertum nutzt diesen Notstand bedenkenlos aus. Unter dem Schlagwort „Steigerung der Produktion“ wird die Arbeitszeit verlängert, werden die Löhne abgebaut, mehrten sich die Bestrebungen, von weitreichenden Tarifverträgen zu sogenannten Betriebsgemeinschaften (Betriebsratens), ja sogar zum individuellen Arbeitsvertrag überzugehen, letzten sogar staatliche Schlichtungsstellen den Arbeitgebern hierbei hilfreiche Hand. Der Arbeiter soll in sein früheres Hörigkeitsverhältnis zurückgezwungen werden. So wenig phrasenhafte Wortathletik diese Dinge zu meistern vermag, so falsch wäre es, in ergebendem Duldun die Hände in den Schoß zu legen. Die Arbeiterkraft hat schon manche Krise überdauert, um sich kräftiger wieder zu erheben, sie wird auch diese überwinden; um so schneller und nachhaltiger, je eher sie ihrer Kraft wieder bewußt wird und sie zweckmäßig anwendet. Der Tiefstand scheint bereits überwunden; in einigen Industrien steigt der Beschäftigungsgrad und führt den Ver-

bänden neue Mitglieder zu, weckt zudem auch die Anteilnahme derer wieder, die wankelmütig den Einflüsterungen falscher Freunde ihr Ohr liehen und die Mitgliedschaft ausgaben.

Die Gewerkschaften sind von jeher und grundsätzlich für volle politische Freiheit eingetreten, sie müssen daher schon deshalb

die Aufhebung des Ausnahmezustandes

fordern, ganz abgesehen davon, daß der Ausnahmezustand sie auch in ihrer wirtschaftlichen Betätigung erheblich einschränkt.

Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit ist eine der frühesten Lebensäußerungen der deutschen Gewerkschaften; sie werden in diesem Bestreben fortfahren trotz Arbeitszeitverordnung und Ermächtigungsgesetz, bis zur restlosen

Wiederherstellung des Achtstundentages.

Die Verlängerung der Arbeitszeit ist um so weniger haltbar, als sie auch auf die Industrien und Gewerbe ausgedehnt wurde, wo alle Voraussetzungen hierfür fehlen, wo namentlich zahllose Hände feiern müssen. Trotz Friedensvertrag und innen- und außenpolitischer Widerstände gilt möglichst umfassende

Unterbringung der Arbeitslosen,

sei es auch unter entsprechender Umschichtung als unabweisbare Pflicht.

Steigerung der Produktion auf Kosten der Arbeitszeit und der Löhne hat sich noch immer auf die Dauer als untenabel erwiesen. Der Kampf um die

Erhöhung der Löhne

ist mit neuer Kraft fortzuführen, da die heutigen Löhne weit, zum Teil bis zur Hälfte hinter den Friedenslöhnen zurückgeblieben. Aber auch die Hinaufführung der Löhne bis zum Friedensstand und darüber hinaus würde keine fühlbare Erleichterung für die Arbeitnehmer bedeuten, wenn nicht gleichzeitig die Preise abgebaut werden. Diese Forderung ist um so berechtigter, als die Preise in Deutschland heute vielfach über den Weltmarktpreis stehen, obgleich fast ausnahmslos der Anteil des Lohnes am Preise um ein Vielfaches gesunken ist.

Die Rechte des Arbeiters im Betrieb

sind in ernster Gefahr, nicht minder das Koalitionsrecht bzw. dessen ungeschmälerte Anwendung für Arbeiter in öffentlichen Betrieben. Die Fortführung, ja selbst Aufrechterhaltung der Sozialgesetzgebung ist bedroht, angeblich wegen Mangel an Mitteln des Staates, obgleich dessen Steuerpolitik erfolgreicher wäre, legte sie

den Besitzenden dieselbe Steuerlast

auf wie den Arbeitnehmern. Die Arbeiterkraft muß sich darüber hinaus rüsten zur Wiedergewinnung ihres Einflusses im Staat. Sie wird den ihr ausgezwungenen Kampf siegreich bestehen, je mehr die Einflüsse in die Notwendigkeiten, Kräfte und Mittel in den weitesten Kreisen wächst. Das hätte sich fördern lassen, wäre es den Gewerkschaften möglich gewesen, ihre Bildungsanstaltungen unversehrt zu erhalten. Auch hier wird viel auszubessern und neu aufzubauen sein.

Ueber allem aber steht die Pflicht, in den eigenen Reihen jenen Kampfesmut und jenes Gefühl ruhiger Sicherheit, aber auch jenes gegenseitige Vertrauen lebendig zu erhalten, denen die Gewerkschaften ihre bisherigen Erfolge, aber auch die Zuversicht verdanken, bald aus der Abwehr zum Angriff und zum Siege schreiten zu können.

Die kommunistische Zerstörungsarbeit

bekämpfte ein sehr lehrreiches Referat des Bundessekretärs Schulze, der noch Hinweis auf die kommunistischen Sonderveranstaltungen, Sonderorgane, und deren Beschlüsse ein einmütiges Vorgehen aller Gewerkschaftsinstanzen gegen diese Zerstörer empfahl. Die Aussprache war sehr lebhaft und brachte bei einer Enthaltung volle Uebereinstimmung mit der vom Referenten vorgelegten Resolution. Für einen von den Kommunisten verlangten außerordentlichen Gewerkschaftskongreß wurde ein Bedürfnis von keiner Seite anerkannt.

Die Entsch. gegen die kommunistische Zerstörungsarbeit lautet:

„Entgegen dem Beschluß des Rürnberger Gewerkschaftskongresses, in dem ausdrücklich die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften festgelegt wird, bemühen sich die kommunistischen Parteigänger, die Gewerkschaften zu Organen ihrer Parteipolitik zu machen. Der gegen derartige Bestrebungen gebotene Widerstand der verantwortlichen Gewerkschaftsleitungen wurde mit einer wüsten Hege gegen die einzelnen Verbandsleitungen und gewerkschaftlichen Zentralstellen beantwortet. Mit allen Mitteln wird von kommunistischer Seite versucht, das Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder zu den eigenen Organisationen zu untergraben, künstlich eine Opposition zu schaffen, so daß bei ungestörter Fortsetzung dieses Treibens jede wirksame Gewerkschaftsarbeit verhindert wird.

Unter dem Deckmantel, die Gewerkschaften retten und zur Durchführung des revolutionären Klassenkampfes befähigen zu wollen, hat die kommunistische Partei innerhalb der Gewerkschaften eine besondere Organisation mit eigener Verwaltung und eigener Beitragsleistung aufgezogen. Durch Einberufung einer eigenen Reichskonferenz der Ortsausschüsse des ADGB und Herausgabe eines eigenen Mitteilungsblattes der Opposition hat diese Sonderorganisation die bisher zur Schau getragene

Weste der jugendgemäßen Mitarbeit für die Interessen der Gewerkschaften fallen lassen. Damit wird der schlüssige Beweis erbracht, daß die Opposition selbst vor der Spaltung der Gewerkschaften nicht zurückrecht, nur um ihre Parteiziele zu erreichen.

Diese Vorgänge zwingen die Gewerkschaften zur Aufrichtung einer wirksamen Abwehr.

In den Gewerkschaften ist jeder willkommen, der unter Beachtung der Kongreß- und Verbandstagsbeschlüsse, der Richtlinien und Satzungen des ADGB, gewillt ist, für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterkraft einzutreten. Wer aber diesen Willen nicht hat, sich gar in den Dienst der oben gekennzeichneten Sonderorganisation stellt oder deren Bestrebungen wesentlich Vorschub leistet, stellt sich selbst außerhalb seiner Gewerkschaft. Die Gewerkschaftsbewegung von derartigen Schädlingen zu befreien, erfordert das Interesse der Selbst-erhaltung und der uneingeschränkten Kampfkraft der Gewerkschaften.

Zu keiner Zeit war die Einigkeit und Geschlossenheit der Bewegung notwendiger als zur Stunde. Unter dem Druck der Wirtschaftskrise, die durch die Inflation und durch außenpolitische Bedrückung entstandenen Elends glaubt das Unternehmertum die Zeit des alten Herrenrechts wieder gekommen. Nur festes Zusammenhalten der Arbeiterkraft vermag die mit ungeheurer Wucht geführten Angriffe aufzuhalten und den Weg zum Aufstieg wieder frei zu machen. Dazu sind die Gewerkschaften das notwendige Hindernis, die wertvollste Waffe der Arbeiterkraft. Diese Waffe den Gegnern nicht preiszugeben, die Organisationen nicht durch schleichende Verleumdung aushöhlen zu lassen, muß sich jedes Gewerkschaftsmitglied zur Aufgabe machen.

Der Bundesausschuss erwartet deshalb von allen Gewerkschaftsmitgliedern, daß sie mit aller Entschiedenheit von den gekennzeichneten Verleumdern der Bewegung abzurücken, daß sie die notwendigen Maßnahmen zur Befreiung der Organisation von diesen Elementen tatkräftig unterstützen. Nur im einigen Willen liegt die Bürgschaft, das Ziel der freien Mitbestimmung in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen auch erreichen zu können.

Am ersten Sitzungstage beschäftigten die Verbandsovertreter das neue Bureauhaus des Bundesvorstandes, Inselstraße 6, dessen Zustandekommen, Bedeutung und Einrichtungen in herzlichen Reden gewürdigt wurden.

Lohnbewegung in den Speicherebetrieben.

Am 16. Januar tagte in der Rühlentstr. 51/58 eine stark besuchte Speicherebetrieverammlung.

Die Versammelten nahmen einen Bericht der Lohnkommission von der Verhandlung am 11. Januar unter Vorsitz des Herrn Gewerbers Kärner entgegen.

Starke Entrüstung bemächtigte sich der Versammelten, als die Lohnkommission mitteilte, daß Herr Dr. Fürst in der Verhandlung erklärt habe, die 60-Stunden-Woche würde unter allen Umständen durchgeführt. Um diesen Zweck zu erreichen, würden die Arbeiter, wenn es sein müsse, ihre Betriebe auf Jahre hinaus schließen. Damit dokumentierten die Arbeiter, daß ihre Betriebe keine lebenswichtigen Betriebe sind. Die Versammelten verurteilten auch das einseitige Lohnbild der Arbeitgeber, indem einzelne Betriebe, ohne Zustimmung des Verkehrsverbandes, den Lohn von 20 auf 28 Mark geföhrt haben. Trohdem der Verkehrsverband am 2. Januar um eine Verhandlung nachgesucht hatte, teilte Herr Dr. Fürst am 11. Januar mit, also neun Tage später, daß nur eine Verhandlung über den Abbau der jetzigen Löhne stattfinden könne. Die Versammelten betrachteten dieses Vorgehen der Arbeitgeber als eine Provokation und beschloßen einstimmig, unter allen Umständen an den tariflichen Bestimmungen bezüglich der Arbeitszeit festzuhalten. Die Versammelten erwarten einen sofortigen Bericht über das Ergebnis der heutigen Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss, um weitere Maßnahmen treffen zu können.

Wachtung, Zimmerer! Sonntag nachm. 2½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 3, Versammlung sämtlicher ZGDZ-Mitglieder der Zahlstelle Berlin des Verbandes der Zimmerer. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Zentralverband der Metallarbeiter und Feiler. Heute, Freitag, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24/25, Saal 1, Brandensverammlung aller in den Kleinfabrikbetrieben beschäftigten, bei uns organisierten Metallarbeiter, Feiler und Berufsschleifer. 1. Lohnanliegenheit und Eingruppierung. 2. Räumung des 3. des Wankelstanzes auf Grund des Arbeitszeitgesetzes. 3. Beschlüsse. Der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend ist es Pflicht eines jeden dienstfreien Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Verband der Buchbinder und Kopiermaschinenarbeiter. Heute, Freitag, nachmittags 5 Uhr, im Großen Berliner Bazar, Alexanderstraße 44, Versammlung der Vertrauenspersonen der Buchbinder- und Kopiermaschinenbetriebe, in welchem nach dem A. P. - Vertrag einloht wird. Zutritt für Vertrauenspersonen nur unter Vorlegung des Mitgliedsbuches. Die 2. Rede muß geföhrt sein. Jeder Betrieb muß vertreten sein. Die Ortsverammlung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; **Wirtschaft:** Armin Ostermann; **Gewerkschaftsbewegung:** A. Schöner; **Rechtswesen:** R. A. Böcher; **Sozial- und Sonstiges:** Felix Aschardt; **Angaben:** Th. Glöckel (ähnlich in Berlin). **Verlag:** Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. **Druck:** Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage.

Großer Preissturz unserer Fabrikate!

Herren-Anz. g. und Paletostoffe m. M. 6,- 8,- 12,- 15,-
Damen-Kostüm- und Unterstoffe „ 5,- 7,- 10,-
Gabardine, Homespun, Velour de laine M. 4,- 6,- 8,-
Beste Fabrikate — Große Auswahl. — Verkauf meterweise.

Koch & Seeland G. m. b. H.
Gegründet 1893. Gertraudenstraße 20-21. Gegründet 1897.

2 Reste-Tage Freitag und Sonnabend

Aussergewöhnliche Kaufgelegenheit für Reste, Coupons und Abschnitte, in fast allen Abteilungen günstige Angebote

Weizenmehl 16 Pf.		Rinderfett 55 Pf.		Quadratkäse 65 Pf.		Landleberw. 80 Pf.	
Haferflocken 17 Pf.		Fetter Speck 88 Pf.		Harzer Käse 70 Pf.		Fleischwurst 120 Pf.	
Gehr. Gerste 18 Pf.		Schweine-Schmalz 78 Pf.		Tilsiter Käse 95 Pf.		Jagdwurst 130 Pf.	
Erbsen 26 Pf.		Corned beef 60 Pf.		Schweizer Käse 180 Pf.		Feine Leberwurst 130 Pf.	

Billige Lebensmittel

Leipziger Str. Alexanderplatz

Frisches Fleisch

Kalbskamm 60 Pf.
Kalbsbrust u. -Rücken 70 Pf.
Kalbskeule 84 Pf.

Hermann Tietz

Weinbrand-Verschnitt 2¹⁰
Deutsch. Weinbrand 3²⁵
Jamaika-Rum-Verschn. 3²⁵

Johannisbeer-Wein 17⁵⁰ 10 Pf. 15⁰⁰
1921er Montagne-Naturrotwein 85 Pf. 1⁵⁰ 10 Flaschen 12⁵⁰

Wahl des Stadtverordnetenpräsidiums
Haß Vorsteher. — Nachruf auf Ritter. — Erwerbslose bei Notstandsarbeiten.

Im Berliner Rathaus hat gestern endlich die Berufung gesiegt — mit einer Stimme Majorität. Das Verdienst der bürgerlichen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung ist es sicher nicht gewesen, daß es schließlich dahin gekommen ist. Alles, was in den Kräften der bürgerlichen Parteien stand, haben sie versucht, um diesen Sieg der Berufung, diese einzig mögliche Lösung der Vorsteherfrage zu verhindern.

Neußerlich betrachtet, ist das schließliche Eintreten der Demokraten für den Kandidaten der sozialdemokratischen Fraktion entscheidend gewesen. Lange genug hatten die Demokraten ja hin- und hergependelt, bis sie sich endlich auf den Boden wirklicher Demokratie zurückzogen und den Anspruch der stärksten Fraktion anerkannten. Das Zentrum hat sich auch jetzt dazu noch nicht aufschwingen können und sich an der Wahl nicht beteiligt.

Daß es tatsächlich allen bürgerlichen Parteien zunächst darum gegangen war, die Wahl eines Sozialdemokraten für den Vorsteherposten unter allen Umständen zu verhindern, bewies die Haltung der beiden Rechtsparteien nach der Wahl. Sie spielten die gekränkte Leberwurst — obgleich doch gar nichts geschehen war, als daß die stärkste Fraktion den Vorsteher nunmehr stellte — und erklärten, sich an der Bildung des Bureaus nicht zu beteiligen.

Die gestrige außerordentliche Sitzung, zu der der Alterspräsident Kommerzienrat Bamberg (Dem.) auf 15 Uhr zur Wahl des Stadtverordnetenvorstehers

eingeladen hatte, leitete der bisherige Vorsteherstellvertreter Fabian mit einem von der Versammlung stehend angehörten Nachruf für den verstorbenen Genossen Bürgermeister Ritter ein. Er sagte darin: Wer den Verstorbenen gekannt hat, wird mit mir übereinstimmen in der Feststellung, daß mit dem Entschlafenen eine überaus sympathische Persönlichkeit dahingegangen ist, die in ihrem arbeitsamen Leben sich in die Öffentlichkeit gestellt hat und durch ihre rein menschlichen Eigenschaften sich die Sympathie weiter Kreise erworben hat.

Stadtv. Dr. Steiniger (Dnat.): Wir haben in der letzten Sitzung den berechtigten Anspruch auf den Posten des Vorstehers geltend gemacht; er ist von den übrigen bürgerlichen Parteien nicht anerkannt worden. Wir haben daraufhin in der Stichwahl Herrn Dr. Caspari zur Wahl verholfen. Nachdem er niedergelegt, haben wir unseren Anspruch erneuert, und wieder haben die anderen bürgerlichen Parteien erklärt, ihm nicht stattgeben zu wollen.

Die Abstimmung.

Beim Namensaufruf werden 107 Stimmscheine abgegeben, davon sind 11 unbeschrieben, also ungültig; verbleiben 186 gültige Stimmen, absolute Majorität 94. Es erhalten Haß (Soz.) 95, Dr. Caspari (D. Sp.) 79, Gehlmann (Komm.) 12. Haß ist gewählt. (Beifall links.) Die vom Alterspräsidenten Bamberg auf 5 1/2 Uhr einberufene ordentliche Sitzung wird bereits unter dem Vorsitz von Haß vor sich gehen. Schluß der außerordentlichen Sitzung 5 1/4 Uhr.

Die ordentliche Sitzung eröffnete der neugewählte Vorsteher Genosse Haß um 6 Uhr 15 Minuten mit folgender Ansprache: Durch meine Wahl zum Vorsteher haben Sie den Anspruch meiner Parteifreunde erfüllt; ich danke Ihnen für diese Wahl. Bei der Zusammenkunft des Hauses und nach den der Wahl vorausgegangenen Umständen bin ich mir durchaus bewußt, daß ich ein schwieriges und verantwortungsvolles Amt übernehme, das Umsicht, Objektivität und Gerechtigkeit verlangt.

Gewerkschaftswesen, werde ich meines Amtes mit Unparteilichkeit walten und die Geschäfte in jeder Weise zu fördern suchen; ich bitte dabei um Ihre allseitige Unterstützung. (Beifall.) Auf der Tagesordnung steht zunächst die

Wahl der drei Vorsteherstellvertreter.

Genosse Heimann erklärt zur Geschäftsordnung, daß die Sozialdemokraten bereit waren, sind und sein werden, jeder Fraktion nach ihrer Stärke den Eintritt ins Bureau offenzuhalten und unter Verzicht auf Zettelwahl die Wahl durch Zursichkommen zu lassen. Wenn die Herren rechts nicht eintreten wollten, so müßte eben mit Hilfe der anderen Fraktionen das Bureau gebildet werden, und die Versammlung werde alsbald erfahren, wie ausgezeichnet gut sie unter einem solchen Bureau fahren wird.

Nachdem Genosse Dittmann nochmals der Rechten ins Gewissen geredet und die absolute Notwendigkeit betont hatte, die Versammlung endlich arbeitsfähig zu machen, schlug Genosse Heimann neben dem von den Demokraten präsentierten Kandidaten Meyer und dem Zentrumskandidaten Anton Schmidt den Genossen Heimann als einen der Vorsteherstellvertreter vor. Der von Heimann beantragten Zursichwahl widersprachen die Kommunisten, so daß Zettelwahl notwendig wurde.

Die Wahl der sechs Beisitzer wurde durch Zursichwahl vollzogen; daran beteiligten sich auch die Deutschnationalen, die zwei Beisitzer erhielten. Die Sozialdemokraten sind durch Genossin Demming, Gen. Wildegans und Gostfr. Schulz, bzw. durch Claus und Thum vertreten.

Damit war der Vorstand gebildet. Vorsteher Haß sprach unter dem Beifall der Versammlung denjenigen Mitgliedern, die im Vorlande bisher tätig gewesen sind, für ihre Tätigkeit den Dank aus. Nunmehr konnte endlich in die sachliche Arbeit eingetreten werden. Eine Anzahl von Dringlichkeitsanträgen, auch der unserer Genossen betr. die unerträglichen Zustände im Straßenbahndienst, blieb auf Widerspruch und wird erst später verhandelt werden.

Befreiung der Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich tätige Bürger

berichtete namens des Ausschusses Gen. Dr. Wegl. Der Antrag ist im Ausschusse mit keinem Wort begründet worden. Der Ausschuss seinerseits hat den Antrag abgelehnt und empfohlen, den Magistrat um schleunigere Auszahlung der Bezüge zu ersuchen. In der Aussprache hielt es Koch (Dnat.) für zeitgemäß, den Demokraten zu diesem Ergebnis zu gratulieren, das sie ihren neuen Freunden verdanken. Gen. Kunze empfahl den Ausschussbeschluss und verlangte eine baldige und gründliche Prüfung der Frage, wie die Zuspätkommenheit zu beseitigen sei, die darin liege, daß Beamte und Pensionärbezieher ohne weiteres Aufwandsentschädigung erhalten, während die anderen sich die Zeit, die sie der Stadt zur Verfügung stellen, sozusagen abstellen müssen.

(Kochdruck durch Mail-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Die Tante stellte sich zu einer langen Erzählung zurecht. „Hören Sie! Jürgen war schon als ganz kleiner Junge so ängstlich, daß er nicht einmal zu sprechen wagte. Wir alle glaubten, er sei stumm geboren. Eines Tages — er war vier Jahre, es war auf dem Festelmarkt — sagte er plötzlich: „Hühnchen“. Das war sein erstes Wort. Nicht etwa „Papa“, wie bei anderen Kindern. Bewahre! „Hühnchen“ sagte er und lockte: „Bi bi bi bi“, so mit Zeigefinger und Daumen... Sollte man das für möglich halten? Diese Unselbstständigkeit! ... Er ist ganz seiner Mutter nachgeschlagen. Auch sie war so lebensuntüchtig. Hatte Angst vor Mäusen —; aber als einmal eine Maus gefangen worden war, weinte seine Mutter stundenlang, weil die Maus ertränkt wurde.“

Sie sah erwartungsvoll zu ihm auf, weil er sie am gehäkelten Spitzenragen gepackt hielt und noch immer nicht sprach. Da schüttelte er sie kräftig und sagte: „Bi bi bi bi! Adieu!“

Abweisend blickte sie ihm nach, horchte dann einige Minuten strengen Gesichtes an Jürgens Tür. Der sah glühend am Tisch und schrieb, da er anderes Papier nicht gleich gefunden hatte, in das Schulheft eine lange Abhandlung mit vielen Beweisen, daß es einen Gott nicht geben könne. „Folglich bin ich Atheist.“ Dann erst quälte er sich den deutschen Aufsatz ab.

Und übergab das Heft am Montag dem Professor, der die Beweise für das Nichtexistieren Gottes fand und sie dem Religionslehrer schickte.

Das Ereignis wurde zu einer Professorenkonferenz und hatte nur deshalb keine schlimmen Folgen für Jürgen, weil die Tante plötzlich an der Stirnseite des Konferenztisches stand und die Lehrerrunde sprengte: „Herrn Kolbenreiter hat soeben der Schlag getroffen... Mein Bruder war ein bedeutender Mann.“ Ihre Hand wanderte, wurde mitleidig geschüttelt.

Aber mit seinem Sohne müssen die Herren viel Geduld haben... Mit viel Geduld und Strenge geht's vielleicht. Daran sollte es nicht fehlen. Vom Rektor wurde sie hinausgeleitet. „Jürgens schwankende Seele... Seine Unsicherheit“, vernahm die Juristkabelnden.

„Folglich bin ich Atheist.“ Der Religionslehrer riß die

Augen auf. „Bin ich Atheist, schreibt der Junge. Und gestern diese Geschichte mit Abraham!“

Der Geschichtsprofessor beruhigte ihn: „Das Leben wird dem Burlesken diese Gedanken schon abschleifen... Gut und schnell auffassen tut er ja.“

„Bei mir nicht“, sagte der Mathematikprofessor und hielt die Hand erhoben. Sie rügten noch seine außerordentliche Faulheit und schlossen die Konferenz.

Der Rektor schüttelte schweigend die Hand der Tante. Furchsam und unbeachtet stand Jürgen daneben. Und ging dann, vor Schuldgefühl vornüberhängend, mit der aufrechten Tante nach Hause, wo Weihrauchwolken standen.

Gegen Abend zog sie den willenlos Folgenden ins Sterbezimmer, in dem der Vater, bekränzt und kerkenumstanden, schon auf der Bahre lag, schlug das Kreuz und benußte den Endschwung gleich dazu, auf des Toten Gesicht zu deuten: „An dir hat er keine Freude gehabt. Das kannst du jetzt in deinem ganzen Leben nicht mehr gut machen... Bete! Drei Vaterunser! Und dann komm und is.“

Das Gewicht des Hauses legte sich auf den gekrümmten Rücken. Die stillbrennenden Kerzen beleuchteten des Vaters Gesicht, das in Unzufriedenheit erstarrt war, als habe ihn auch der Tod enttäuscht.

Lange kämpfte Jürgen mit sich; endlich versuchte er, das wächserne Gesicht im Bild, die gefalteten, toten Hände zu berühren. Und wich zurück, als er das bekannte Lächeln der Verachtung zu sehen glaubte.

Ganz langsam kniete er nieder, die befohlenen drei Vaterunser zu beten. Kein Wort fiel ihm ein. Seine stehende Hand wolkte die äußerste Spitze des Leintuches berühren. Und sank kraftlos zurück.

Der Tote lag unberührbar, in ungeheurer Macht. Da drehte sich ein Stachelrad brennend schmerzhaft in Jürgens Kopf und schleuderte die Worte ab: „Na, du schmähliches Etwas!“

„Na, du schmähliches Etwas!“ wiederholte Jürgen verächtlich und wandte, irr blickend, Kopf und Schultern gedemütigt weg, weil er glaubte, nicht er, sondern der Tote habe gesagt: „Na, du schmähliches Etwas!“

Die Nacht des Toten vor sich, die Nacht der Tante hinter sich, kniete er ausgeliefert und verloren, schlief und tränenlos im Zimmer.

„Jetzt bist du eine Doppelwaise“, sagte die Tante, ergriff seine Hand und führte ihn hinaus.

Jürgen versuchte gar nicht mehr, Ubersicht über seine Gefühle zu gewinnen. In die Träume schickte die vergewal-

tigte Seele drohende Ungeheuer. Der Vater stand immer daneben.

Und wenn ihn der qualenerfüllte Schlaf entließ, empfing ihn die Tante, schüttelte verächtlich den Kopf und gab ihm Briefe mit an die Professoren, in denen sie für Jürgen, der leider nicht seinem bedeutenden Vater nachgeschlagen sei, um Rücksicht bat.

In der schon gewohnheitsmäßigen Erwartung, wieder gedemütigt zu werden, drehte Jürgen Kopf und Schultern weg, als im Zimmer plötzlich Herr Philipp stand. ... Da fällt mir ein: Sie glauben vermutlich immer noch, Ihr Vater habe nicht viel von Ihnen gehalten? Selbst wenn es so wäre, dürfen Sie ihm das weiter nicht nachtragen. Er war ein alter, kranker Mann, der den Glauben an das Gute eingebüßt hatte. So einer ist leicht blind und ungerecht.“

Als habe der Vater gesprochen, war der Knabekopf immer tiefer gesunken.

Der Vater ist tot... Seine Autorität lebt, dachte Herr Philipp. Und sog: „Ich habe Ihnen etwas von Ihrem Vater auszurichten. Kurz vor seinem Tode war ich bei ihm. Er saß im Sessel, Sie wissen ja, sah wie immer im Sessel und blickte zum Fenster hinaus auf einen vorüberfliegenden Vogel. „Schwarz... Es waren Stare“, dichtete Herr Philipp. „Plötzlich sagte Ihr Vater nachdenklich: ‚Meinem Jürgen habe ich zeitlebens furchtbar unrecht getan. Warum eigentlich? Das ist mir ein Rätsel...‘ Er wußte es nämlich tatsächlich selbst nicht...“

„Denn ich bin mir ja in Wirklichkeit ganz klar darüber, daß Jürgen ein“, wie sagte er doch, „ein ausgezeichneter und sogar sehr kluger Junge ist... Das muß man ihm bei Gelegenheit einmal sagen.“

Es gelang Herrn Philipp, wie ein Knabe zu lächeln, als er auch die Autorität der Tante zu erschlagen versuchte: „Und dieses alte Mädchen, Ihre Tante! Aus der brauchen Sie sich natürlich gar nichts zu machen. So eine verrottete Schachtel ist ja ganz ahnungslos! Das ist übrigens die volle Wahrheit. Besuchen Sie mich einmal.“

„Diese Bürgeraristokratie sagt sich: Wir lassen unsere Kinder nicht hungern, nicht arbeiten; wir asphaltieren ihnen mit Körperpflege, reichlichem Essen, höherem Unterricht und Geld, mit viel Geld eine breite glatte Straße ins Leben... Die psychischen Ungeheuer, die sie in die Seelen stoßen, zählen nicht. Da fallen die allerhand Autoritäten über so einen Jungen her, nehmen ihm, auch wenn er beim Spiel mit Sand mehr Phantasie und Geist offenbart, als sie in ihrem ganzen Leben, seine Selbstständigkeit und wundern sich dann über seine Unselbstständigkeit,“ dachte der Alte auf der Straße, während Jürgen vor der Tante stand. (Fortsetzung folgt.)

1. Kreis: Jugendheim, Chausseestr. 48, Vortrag: „Alkohol und Nikotin in der Gärung.“ — 2. Kreis: Katholische Schule am Eisenbahnpl., Vortrag: „Die arbeitende Jugend und der Adhärenz.“ — 3. Kreis: Jugendheim, Kegelstr. 10, Vortrag: „Der Nationalismus.“ — 4. Kreis: Jugendheim, Kegelstr. 10, Vortrag: „Der Nationalismus.“ — 5. Kreis: Jugendheim, Kegelstr. 10, Vortrag: „Der Nationalismus.“

44. 45. und 46. Abt. Die Genossen betreffen sich am dem Mittwoch um 7 Uhr in der Schulstraße Reichenberger, Ecke Kasper Str., Eintritt 40 Pf. 47. Abt. Reichenberger, 7 1/2 Uhr Funktionärstagung im Zimmer 28. Die alten Funktionäre werden mit eingeladen. 48. Abt. Reichenberger, 7 1/2 Uhr Funktionärstagung im Zimmer 28. Die alten Funktionäre werden mit eingeladen. 49. Abt. Reichenberger, 7 1/2 Uhr Funktionärstagung im Zimmer 28. Die alten Funktionäre werden mit eingeladen.

5. Kreis: Friedrichshain: Schmitz, Gieselerstraße, Freitag, 18. (Anker-Club) und Kasper Str. 10 (Kasper-Club). 6. Kreis: Reichenberger: Jugendheim, Kegelstr. 10, Vortrag: „Der Nationalismus.“ — 7. Kreis: Reichenberger: Jugendheim, Kegelstr. 10, Vortrag: „Der Nationalismus.“ — 8. Kreis: Reichenberger: Jugendheim, Kegelstr. 10, Vortrag: „Der Nationalismus.“

Groß-Berliner Parteinarbeiten.

1. Kreis: Kegelstr. 10, Freitag, 18. 2. Kreis: Kegelstr. 10, Freitag, 18. 3. Kreis: Kegelstr. 10, Freitag, 18. 4. Kreis: Kegelstr. 10, Freitag, 18. 5. Kreis: Kegelstr. 10, Freitag, 18.

Zusammenkünfte der erwerbslosen Mitglieder der NSD.-Berlin

Montag, den 21. Januar, nachmittags 2 bis 4 Uhr: 1. Kreis: Kegelstr. 10, Vortrag: „Der Nationalismus.“ — 2. Kreis: Kegelstr. 10, Vortrag: „Der Nationalismus.“ — 3. Kreis: Kegelstr. 10, Vortrag: „Der Nationalismus.“

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Vereinigung für Schul- und Erziehungszwecke, Berlin-Treptow. Versammlung: Kegelstr. 10, Freitag, 18. 2. Kreis: Kegelstr. 10, Freitag, 18. 3. Kreis: Kegelstr. 10, Freitag, 18.

Wertbeständige Preuß. Staatslotterie 8000 Gewinne im Betrage von zus. 450000 Dollar Goldanleihe 50000 \$ Goldanleihe 30000 \$ Goldanleihe 20000 \$ Goldanleihe 10000 \$ Goldanleihe

Lose Kröger Ganze 42.00 Rentenmark Halbe 21.00 Rentenmark Fünftel 4.40 Rentenmark zu amtlich. Preisen Zehntel 4.20 Rentenmark

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater Große Volksoper im Theater des Westens Schneeflöckchen 7 1/2 Uhr: Vollst. Opern Don Carlos

Walhalla Theater Weinbergsweg 15 Weltattraktionen Central-Theater Tägl. 8 Uhr: Potlisch u. Perlmutter

Komische Oper Aufahndlich 7 1/2 Uhr: Die größte Revue des Kontinents: Die Welt ohne Schleier

Metropol-Varieté Behrenstr. 54 8 Uhr: Claire Waldoff Max Marzell Frida Weber-Flessburg

Kleine Preise! Zieka Friedrichstr. 99

Apollo-Theater 7 1/2 Uhr: Der James Klein 7 1/2 Uhr: Das weiße Schloß

Neues Operetten-Theater Der Goldfisch 7 1/2 Uhr: Thiescher ebemann

Volk und Krone L. Teil aus Em. Ludwigs Bismarck-Trilogie

Verkäufe Kleider, Schuhe, etc.

Stumpfe Jäger Größte Spez.-Fabrik Bettwäsche Diese Woche wieder beispiellose Angebote! Nach wie vor ist unser Großer Umsatz - kleiner Nutzen!

Karneval u. Vereinsartikel, Tombola-Gewinne, Artikel für Bockbierfeste

Weit unter Preis Doppelglas, etc.

Pohl & Weber Nachf. Spittelmarkt 4/5, I.

Möbelfabrik Rob. Seelisch Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a

Schokoladen in großer Auswahl

Geht, Belgische

Verkaufe Kleider, Schuhe, etc.

Marken-Zigaretten

Verkäufe Kleider, Schuhe, etc.

Adolf Ritter im 53. Lebensjahre. Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an Frau Agnes Ritter geb. Wittig, Erna und Hans Ritter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Genie, Freitag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, im Verbandshaus

Verkaufe Kleider, Schuhe, etc.

Verkäufe Kleider, Schuhe, etc.

Neue Welt Täglich: Bockbier-Fest in den bayerischen Alpen